



INTERNATIONAL
RENAISSANCE
FOUNDATION



MOVING FORWARD
TOGETHER

ANALYTISCHE ÜBERPRÜFUNG VON QUELLEN ÜBER RUSSISCHE KRIEGSVERBRECHEN IN HAFTANSTALTEN IN DEN UNKONTROLLIERTEN GEBIETENDER UKRAINE

Kyjiw, 2024

Analytischer Überblick über Quellen zu Kriegsverbrechen Russlands in Freiheitsentzugseinrichtungen in den nicht kontrollierten Gebieten der Ukraine / Herausgeber: K. Avtukhov. Kyjiw, 2024 — 38 S.

Diese von der NRO „Ukraine ohne Folter“ erstellte Analyse fasst Informationen über Kriegsverbrechen zusammen, die von russischen Truppen in Haftanstalten in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine begangen wurden. Das Dokument hebt systematische Menschenrechtsverletzungen hervor, darunter Folter, gewaltsames Verschwindenlassen und Deportationen von Gefangenen und anderen Personen, die während der Besetzung in Haftenrichtungen festgehalten wurden. Besonderes Augenmerk wird auf Verbrechen gegen gefährdete Gruppen gelegt. Der Bericht zielt nicht nur darauf ab, die gesammelten Beweise zu dokumentieren, sondern auch einen Beitrag zur internationalen Lobbyarbeit zu leisten, um die Täter vor Gericht zu bringen und die Aufmerksamkeit der europäischen Gemeinschaft auf anhaltende Verbrechen zu lenken. Der Bericht ist eine wichtige analytische Quelle für Juristen, Forscher, politische Beobachter und internationale Institutionen.

NRO „Ukraine ohne Folter“ möchte allen zivilgesellschaftlichen und internationalen Organisationen und Institutionen danken, die aktiv an der Dokumentation der russischen Kriegsverbrechen auf dem Territorium der Ukraine in den Jahren 2022-2024 gearbeitet haben. Besonderer Dank gilt den folgenden Organisationen der Zivilgesellschaft: ZMINA Human Rights Centre, Schutz von Gefangenen in der Ukraine, Menschenrechtsgruppe Charkiw, Medieninitiative für Menschenrechte, Expertenzentrum für Menschenrechte, Soziales, Ukrainische Helsinki-Menschenrechtsunion, Fight For Right. Dank auch an internationale Organisationen: European Prison Litigation Network (EPLN), Danish Institute Against Torture (DIGNITY), Human Rights Watch, World Organisation Against Torture, Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Unabhängige Internationale Untersuchungskommission zu Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine (UN), OSZE-Expertenmission im Rahmen des Moskauer Mechanismus.

Das Material wurde mit Unterstützung der Europäischen Union und der International Renaissance Foundation im Rahmen der gemeinsamen Initiative „European Renaissance of Ukraine“ erstellt. Das Material gibt den Standpunkt der Autoren wieder und spiegelt nicht unbedingt den Standpunkt der Europäischen Union oder der International Renaissance Foundation wider.

Die International Renaissance Foundation ist eine der größten gemeinnützigen Stiftungen der Ukraine, die seit 1990 zur Entwicklung einer offenen, auf demokratischen Werten basierenden Gesellschaft in der Ukraine beiträgt. Im Laufe der Jahre hat die Stiftung rund 20.000 Projekte im Wert von über 350 Mio. USD unterstützt.

Web: www.irf.ua

Facebook: www.fb.com/irf.ukraine

Die Europäische Union setzt sich aus 27 Mitgliedstaaten und ihren Völkern zusammen. Sie ist eine einzigartige politische und wirtschaftliche Partnerschaft, die auf den Werten der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, der Gleichheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte beruht. Es hat mehr als fünfzig Jahre gedauert, um eine Zone des Friedens, der Demokratie, der Stabilität und des Wohlstands auf unserem Kontinent zu schaffen. Gleichzeitig ist es uns gelungen, kulturelle Vielfalt, Toleranz und individuelle Freiheit zu bewahren. Die EU hat sich verpflichtet, ihre Werte und Errungenschaften mit ihren Nachbarländern, deren Völkern und mit Völkern jenseits ihrer Grenzen zu teilen.

Einführung

Diese analytische Übersicht, die von der NRO „Ukraine ohne Folter“ erstellt wurde, fasst die wichtigsten Fakten und Schlussfolgerungen aus verschiedenen Veröffentlichungen und Studien über Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht (HVR) und die internationalen Menschenrechtsnormen (MRV) in Haftanstalten in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine zusammen, darunter auch Kriegsverbrechen, die von russischen Truppen und Besatzungsverwaltungen in den Jahren 2022-2024 begangen wurden.

Der Bericht enthält keine neuen Daten, sondern systematisiert wichtige Erkenntnisse aus früheren Berichten, die Folter, gewaltsames Verschwindenlassen, Deportationen von Psychiatriepatienten, den Einsatz von Zivilisten als menschliche Schutzschilde und andere systematische Verstöße in den Gebiete Kyjiw, Charkiw, Cherson, Donezk und Saporischschja dokumentieren.

Insgesamt wurden mehr als 20 verschiedene Veröffentlichungen analysiert, von denen Fragmente von 14 Dokumenten in diese Überprüfung einbezogen wurden. Besondere Aufmerksamkeit wird den Materialien des ZMINA-Menschenrechtszentrums, der Charkiw Gruppe Menschenrechte, der NRO „Schutz von Gefangenen in der Ukraine“, des European Prison Litigation Network, von DIGNITY - Danish Institute Against Torture, Human Rights Watch, dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte und anderen Organisationen gewidmet, die das Ausmaß und die Art der kriminellen Aktivitäten der Besatzungsbehörden hervorheben.

Diese Studien zeigen, dass die Russische Föderation ihre internationalen Verpflichtungen grob missachtet, und machen deutlich, dass eine internationale Reaktion dringend erforderlich ist. Die gesammelten Beweise bestätigen einmal mehr die systematische Praxis von Folter und Misshandlung in Haftanstalten. Das im Rahmen der Überprüfung gesammelte Material sollte die Überzeugungsarbeit in der europäischen und weltweiten Öffentlichkeit verstärken und zu weiteren gerichtlichen Untersuchungen, verstärktem Druck auf die Russische Föderation und zur Bestrafung der für Kriegsverbrechen verantwortlichen Personen anregen.

Dieses Dokument wird Anwälten, Journalisten, Wissenschaftlern, politischen Beobachtern und Vertretern internationaler Institutionen, die sich für Gerechtigkeit und die Wiederherstellung der Rechte der Opfer einsetzen, von Nutzen sein. Der Hauptzweck der Überprüfung besteht darin, die Bestrafung der Täter durch internationale und nationale Rechtsmechanismen zu fördern und die Opfer in ihrem Kampf um Gerechtigkeit zu unterstützen.

Wir sind den Partnern und Organisationen, die an der Erstellung der Primärquellen mitgewirkt haben, aufrichtig dankbar und hoffen, dass dieses Material dazu beitragen wird, die Erinnerung an die Opfer zu bewahren und die Aufmerksamkeit auf beispiellose Kriegsverbrechen zu lenken.

INHALT

1. „Neun Kreise der Hölle: Orte der Inhaftierung in der Ukraine während der russischen Besatzung	5
2. “Frauenzellen“ in der Folterkammer von Cherson: analytischer Bericht auf der Grundlage von Zeugenaussagen von Häftlingen	11
3. Folter und Misshandlung von Zivilisten in den ukrainischen Gebieten unter russischer Besatzung (am Beispiel der Regionen Kyjiw, Charkiw und Cherson)	15
4. „Bist du loyal zur Ukraine - bist du ein Nazi?“. Folter und andere Verstöße als Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die russische Armee in der Ukraine	17
5. Unsichtbare Opfer des Krieges: Menschen in Haftanstalten	21
6. Publikationsreihe von Human Rights Watch	22
6.1 Ukraine: Folter und Verschwindenlassen im besetzten Süden Mutmaßliche Kriegsverbrechen der russischen Streitkräfte in den Regionen Cherson und Saporischschja	23
6.2 Ukraine: Russische Truppen folterten Gefangene in Isjum Betroffene berichten von Schlägen, Elektroschocks und Waterboarding	23
6.3 Ukraine: Russisches Folterzentrum in Cherson Unrechtmäßige Inhaftierung und Folter von Zivilist innen während 8-monatiger Besatzung	24
7. Abschiebung aus Sozialhaftanstalten in das Hoheitsgebiet der Russischen Föderation. Hauptprobleme und Lösungen.	26
8. Bericht der unabhängigen internationalen Untersuchungskommission zu den Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine	28
9. Berichte des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte	32
9.1. Bericht über die Menschenrechtslage in der Ukraine	32
9.2. Inhaftierung von Zivilisten im Zusammenhang mit dem bewaffneten Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine	33
9.3. Behandlung von Kriegsgefangenen und aktueller Stand der Menschenrechtslage in der Ukraine	34
10. Bericht der OSZE-Expertenmission im Rahmen des Moskauer Mechanismus über Verletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit der willkürlichen Freiheitsberaubung der Zivilbevölkerung der Ukraine durch die Russische Föderation	35

1. „Neun Kreise der Hölle: Orte der Inhaftierung in der Ukraine während der russischen Besatzung

In diesem Bericht werden die Ergebnisse der Überwachung und Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und anderen Missbräuchen und Verstößen gegen das Völkerrecht dargestellt, die zwischen März und Dezember 2022 in Haftanstalten in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten begangen wurden.

Der Bericht deckt ein breites Spektrum von Orten des Freiheitsentzugs ab, darunter Strafvollzugsanstalten (Strafkolonien und Untersuchungsgefängnisse), Polizeieinrichtungen sowie soziale und medizinische Einrichtungen. Er umfasst auch informelle Orte des Freiheitsentzugs, wie etwa behelfsmäßige Folterkammern. Dem Bericht zufolge wurden an diesen Haftorten zahlreiche Verstöße gegen die internationalen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht dokumentiert, darunter Folter und andere unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung, vorsätzliche Tötungen und Militärschläge. Auf der Grundlage von 725 dokumentierten Vorfällen zeigt der Bericht wichtige Muster und Trends auf.

Dieser Bericht stützt sich auf Informationen und Beweise für Verstöße gegen das Völkerrecht auf der Grundlage von 121 Interviews mit Opfern und Zeugen in russischem Gewahrsam (von uns (64) und Dritten (57) geführt) sowie auf Daten aus offenen Quellen.

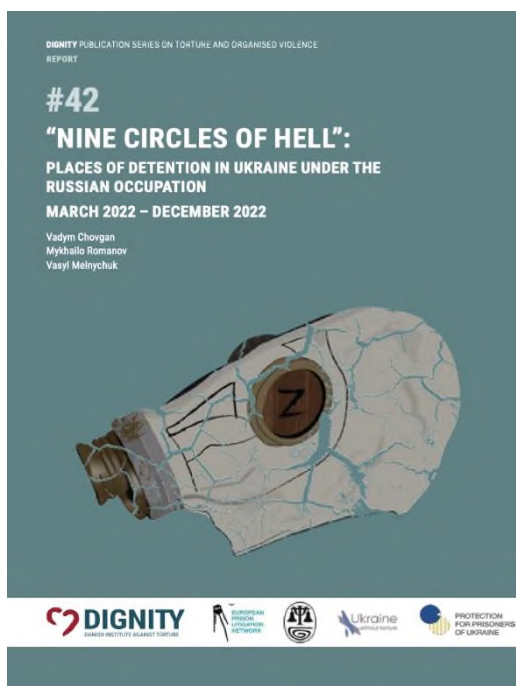
Die gesammelten Daten wurden überprüft, um ihre Richtigkeit zu gewährleisten. Nur die Daten, die den „berechtigter Grund zur Annahme“-Standard erfüllen, sind in diesem Bericht enthalten.

Die Schlussfolgerungen in diesem Bericht wurden gemeinsam vom Dänischen Institut gegen Folter (DIGNITY), dem Europäischen Netzwerk für Häftlingsrechtsstreitigkeiten (ENH), der Gruppe zum Schutz der Menschenrechte in Charkiw (GSM), Ukraine ohne Folter (UF) und dem Schutz ukrainischer Gefangener (SUG) erarbeitet.

Link zum Dokumententext:

https://files.notorture.org.ua/lib/Nine-circles-of-Hell_ukr_.pdf (Ukrainische Version)

<https://files.notorture.org.ua/lib/42-Nine-circles-of-hell.pdf> (Englische Version)



Die Autoren sind zu den folgenden Schlussfolgerungen und Erkenntnissen gelangt:

A) Orte der Inhaftierung in Zeiten des Krieges

Strafvollzugsanstalten

Der anfängliche schnelle Vormarsch russischer Truppen in die Ukraine unmittelbar nach der Invasion am 24. Februar 2022 führte dazu, dass 11 Gefängnisse in der Süd- und Ostukraine (Gebiete Mykolajiw, Cherson, Saporischschja und Donezk), in denen insgesamt 3.103 Gefangene untergebracht waren, nicht evakuiert wurden und das Gefängnispersonal und die Gefangenen unter russischer Besatzung standen. In dieser Anfangsphase gaben die ukrainischen Behörden keine klaren Anweisungen, wie das Personal und die Gefangenen auf die Invasion und die Besetzung

reagieren sollten, insbesondere im Falle eines Beschlusses durch die russischen Streitkräfte. Später, im Frühjahr und Sommer 2022, evakuierten die ukrainischen Behörden Gefangene aus mindestens 13 Gefängnissen, die in der Nähe von Gebieten lagen, in denen aktive Feindseligkeiten stattfanden.

Im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht hat die Russische Föderation die Verantwortung für die Behandlung und die Haftbedingungen von Gefangenen übernommen, die Teil der von ihr kontrollierten Zivilbevölkerung sind, auch was die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern angeht¹. Die humanitäre Lage in den Haftanstalten in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten verschlechterte sich jedoch rasch, da die regelmäßigen Lieferungen aus der Ukraine unterbrochen wurden und die neue russische Verwaltung, die diese Anstalten beaufsichtigt, keinen angemessenen Ersatz bot. Aufgrund der mangelnden Versorgung und der Nutzung einiger Gefängnisse als Militärstützpunkte wurden die Gefangenen zunächst in mehrere Gefängnisse in der Region Cherson verlegt und konzentriert und dann ohne ihre Zustimmung in andere Gefängnisse in nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten oder nach Russland verlegt. Solche Verlegungen ohne die Zustimmung der Betroffenen, begleitet von der Verheimlichung ihres Schicksals oder ihres Verbleibs, stellen ein gewaltsames Verschwindenlassen dar und verstoßen gegen das Völkerrecht².

Seit der Übernahme der Kontrolle über die ukrainischen Gefängnisse haben russische Militärangehörige und ehemalige ukrainische Strafvollzugsbeamte, die sich zur Zusammenarbeit mit den russischen Besatzungsbehörden bereit erklärt hatten, Menschenrechtsverletzungen und internationale Verbrechen an Gefangenen begangen. Zu diesen Verstößen gehörten vorsätzliche Tötungen, Folter und andere Misshandlungen sowie die Androhung von Folter, Zwangsarbeit, auch für militärische Zwecke, die erzwungene Verleihung der russischen Staatsbürgerschaft und die erzwungene Teilnahme an illegalen Referenden über die Annexion der besetzten ukrainischen Gebiete durch Russland. Diese und andere Verstöße werden in diesem Bericht detailliert beschrieben, wobei der Schwerpunkt auf den Erfahrungen einzelner Opfer in Form ihrer direkten Zeugenaussagen liegt.

In nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten wurden die Gefangenen in Gefängnissen untergebracht, selbst wenn diese inmitten aktiver Kampfhandlungen lagen oder als russische Militärstützpunkte genutzt wurden. Darüber hinaus wurden in einigen Fällen russische Artilleriesysteme in der Nähe der Haftanstalten stationiert, wodurch diese und die darin befindlichen Gefangenen zu Schutzschilden wurden. Infolgedessen wurden viele Gefängnisse durch Artillerieeinschläge getroffen und beschädigt, was zu Verletzungen und zum Tod von Personal und Gefangenen führte.

Polizeiliche Einrichtungen

Nach Angaben des ukrainischen Innenministeriums sind seit dem Einmarsch am 24. Februar 2022 mindestens 100 Polizeieinrichtungen unter russische Besatzung geraten. Das russische Militär und die Besatzungspolizei in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten nutzten die Polizeieinrichtungen als Büros, Unterkünfte und Haftanstalten. Die Besatzungspolizei setzte sich aus Russen und Ukrainern zusammen, die sich bereit erklärten, im Interesse Russlands zu dienen.

¹ Siehe z. B. Teil I des Vierten Genfer Abkommens über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. August 1949.

² Die Definition von „Verschwindenlassen“ findet sich in Artikel 2 des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (2010), Internationalen Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (2010) und die UN-Erklärung zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (1992). Solche Überstellungen in das Hoheitsgebiet der Russischen Föderation verstoßen gegen das humanitäre Völkerrecht: Artikel 49 und 76 des Genfer Abkommens (IV) über die Rechte von Zivilpersonen von 1949; sie stellen einen schweren Verstoß gegen die Genfer Konventionen (siehe Artikel 85 Absatz 4 Buchstabe a des Zusatzprotokolls I) und ein Kriegsverbrechen nach dem Römischen Statut des IStGH (Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe i, Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe b Ziffer viii) dar.

Russische Militäranghörige nutzten Polizeistationen, um das Besatzungsregime zu etablieren, und verhafteten und folterten die Anwohner unmittelbar nach der Besetzung. Die Hauptangriffsziele waren ehemalige ukrainische Beamte, einschließlich Lehrer und Gemeindevorsteher, ehemalige und pensionierte ukrainische Militär- oder Polizeibeamte sowie einfache Zivilisten (einschließlich Kinder), die für ihre patriotische Gesinnung bekannt waren oder im Verdacht standen, den ukrainischen Staat zu unterstützen. Die Tatsache, dass die russischen Besatzungstruppen diese Gruppen ins Visier nahmen, zeigte ihre Absicht, diejenigen zu bestrafen und einzuschüchtern, die als Bedrohung für das russische Besatzungsregime in den jeweiligen Gebieten wahrgenommen wurden.

Fast überall wurden Folterkammern in den Kellern von Polizeistationen eingerichtet. Offizielle Zellen in Polizeistationen und temporären Haftanstalten („PTH“)³ wurden ebenfalls zur Inhaftierung und Folterung von Zivilisten genutzt. Solche Folterkammern und -zellen wurden meist entdeckt, nachdem die ukrainischen Streitkräfte Teile der nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete befreit hatten.

Sozial- und Gesundheitseinrichtungen

Kurz nach Beginn der Besetzung versuchten die Verwaltungen der sozialen und medizinischen Einrichtungen (psychiatrische Krankenhäuser, Einrichtungen für Kinder und ältere Menschen), trotz Personalmangels und Unterbrechungen bei der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern wie Wasser, Lebensmitteln und Medikamenten einen regulären Betrieb aufrechtzuerhalten. Unter diesen Umständen versuchten die Verwaltungen, die Bewohner vor Militärschlägen zu schützen, die Grundversorgung sicherzustellen und ein Minimum an akzeptablen Bedingungen zu gewährleisten. Diese Einrichtungen waren gezwungen, sich in hohem Maße auf die Unterstützung lokaler Freiwilliger und die persönlichen Ressourcen der einzelnen Mitarbeiter zu verlassen.

Aufgrund von Problemen bei der Wiederbeschaffung von Versorgungsgütern und der anhaltenden Feindseligkeiten wurden viele Menschen, die in sozialen Einrichtungen und Strafvollzugsanstalten untergebracht waren, in andere Einrichtungen in nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten und nach Russland verlegt, Berichten zufolge ohne ihre Zustimmung.

Derzeit gibt es keine konsolidierten verlässlichen Daten über die Anzahl solcher Einrichtungen, die in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten unter russische Besatzung geraten sind. Die Zahl der Menschen, die in solchen Einrichtungen verbleiben, dürfte jedoch erheblich sein. So waren beispielsweise im März 2022 rund 6.000 Menschen in mindestens 42 ukrainischen Sozialeinrichtungen in der NGCA von der Unterstützung und Versorgung abgeschnitten. Am 25. März 2022 befand sich die größte Anzahl solcher Einrichtungen in der Region Kherson, wo mindestens 10.

B) Festgestellte Verstöße

Folter und andere Misshandlungen

Unsere Feststellungen beruhen auf 152 dokumentierten Fällen von Folter und anderen Misshandlungen in Haftanstalten. Das russische Militär und andere Beamte setzten Berichten zufolge Folter in Haftanstalten als Mittel zur Aufrechterhaltung und Stärkung ihres Besatzungsregimes ein. Die Hauptziele der Folter waren die Einschüchterung der Zivilbevölkerung, einschließlich der Inhaftierten, und die Gewährleistung einer wirksameren Kontrolle über das nicht von der Regierung kontrollierte Gebiet im Allgemeinen und die Haftanstalten im Besonderen. Weitere Ziele der Folter waren die

³ Vorläufige Gewahrsamseinrichtungen sind polizeiliche Einrichtungen für die kurzfristige Inhaftierung (bis zu 10 Tagen) von Verdächtigen, bevor sie in Untersuchungshaftanstalten untergebracht werden. Vorübergehende Gewahrsamseinrichtungen werden auch für andere Zwecke genutzt, z. B. für die Verbüßung einer Verwaltungsstrafe in Form einer Festnahme.

Erlangung von Informationen und die Bestrafung von Zivilisten wegen ihrer pro-ukrainischen patriotischen Haltung oder wegen ihrer Verbindungen zu Personen, die eine solche Haltung vertraten, insbesondere zu Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte.

In den offiziellen Haftanstalten wurden Folter und andere Misshandlungen schnell zu einem Mittel, um den Gefangenen Geständnisse zu entlocken, sie einzuschüchtern und sie zu zwingen, sich der neu eingerichteten russischen Besatzungsverwaltung zu unterwerfen. Von Beginn der Übernahme der Gefängnisse an wurde Folter eingesetzt, um unter den Gefangenen eine Atmosphäre der Angst und Unterwerfung zu schaffen. So wurden beispielsweise als erstes diejenigen Häftlinge gefoltert, die die Gefängnissubkultur offen unterstützten und somit als informelle Anführer unter den Häftlingen galten. Die Gefangenen wurden auch gefoltert, misshandelt und bedroht, um sie zu zwingen, die russische Staatsbürgerschaft anzunehmen, an Scheinreferenden teilzunehmen und bei verschiedenen militärischen Arbeiten wie dem Ausheben von Gräben und dem Bau von Befestigungen mitzuarbeiten.

Darüber hinaus wurden Zivilisten in den so genannten „Filtrationslagern“ gefoltert - inoffizielle Haftanstalten, in denen Zivilisten „gefiltert“ wurden, um diejenigen zu identifizieren, die auch nur die geringste Gefahr für das Besatzungsregime darstellen könnten.

Zu den Foltermethoden gehörten sowohl physische als auch psychologische Foltern. Es sei darauf hingewiesen, dass diese Liste nicht erschöpfend ist, sondern nur die gängigsten Foltermethoden wiedergibt. Die angewandten Foltermethoden variierten je nach Ort der Folterung, der Verfügbarkeit spezifischer Instrumente und der Persönlichkeit der Täter - daher die Vielfalt der Methoden.

Dokumentierte Methoden der Folter und anderer Misshandlungen

Physisch

- Schläge, Tritte, Stöße oder Hiebe
- Elektroschocks, auch durch Anschließen von Drähten an den Genitalien
- Folter durch Festhalten unbequemer Positionen
- Erstickung (Gasmaske, Sack über dem Kopf)
- Unmenschliche Haftbedingungen
- Entzug (von Bewegungsraum, Licht, frischer Luft, Nahrung, Wasser, Schlaf, sanitären Einrichtungen, Medikamenten)
- Zu eng angelegte Handschellen
- Psychologische
- Imitation einer Hinrichtung, Schüsse in der Nähe von Körperteilen
- Exposition gegenüber Explosions- und Schussgeräuschen
- Drohungen mit Hinrichtung und/oder körperlichen Schäden, auch gegenüber nahen Angehörigen
- Demütigung

Die Einrichtung behelfsmäßiger Folterkammern war eine der ersten Verwaltungsentscheidungen der russischen Besatzungsbehörden, die mit der Unterdrückung jeglichen Widerstands gegen ihre Verwaltung einherging. In vielen Fällen wurden solche Orte nach der Befreiung der besetzten Städte und sogar einiger Dörfer wiedergefunden. Unsere Erkenntnisse deuten darauf hin, dass die Einrichtung von Folterkammern und die Folterung von Menschen in diesen Kammern in allen von den russischen

Truppen besetzten Siedlungen eine gängige Praxis war. Bei diesen Hafträumen handelte es sich meist um Keller von Privathäusern und offiziellen Einrichtungen (z. B. Polizeistationen, Schulen, Krankenhäuser, Bahnhöfe). Sie umfassten auch andere Orte wie Garagen, Fabriken, landwirtschaftliche Nebengebäude und andere Räumlichkeiten. Folter und andere Misshandlungen an inoffiziellen Gewahrsamsorten gingen häufig mit anderen Menschenrechtsverletzungen einher, wie z. B. unrechtmäßige Inhaftierung und außergerichtliche Hinrichtungen.

Darüber hinaus gaben 55 der 64 Gefangenen aus Gefängnissen in nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten, die wir direkt befragten, an, dass die russischen Besatzungsbehörden in ihren Einrichtungen Folter und andere Misshandlungen angewendet hätten. Wir erhielten Zeugenaussagen aus 7 Gefängnissen in nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten, die glaubwürdige Behauptungen über Folter und andere Misshandlungen in allen Gefängnissen enthielten.

Angesichts der Allgegenwart von Folter und anderen Misshandlungen an offiziellen und inoffiziellen Haftorten, ihrer weiten geografischen Verbreitung, der üblichen Methoden und der Zielgruppe der Opfer in den besetzten Gebieten und an den Haftorten können Folter und andere Misshandlungen als weit verbreitet und systematisch angesehen werden.

Unzureichende Haftbedingungen

Die Bedingungen in den offiziellen Haftanstalten in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten haben sich seit der Besetzung drastisch verschlechtert, da die regelmäßige Versorgung mit Wasser, Strom und Heizung unterbrochen wurde. Die Lieferketten für Lebensmittel, Medikamente und andere lebensnotwendige Güter wurden unterbrochen. Darüber hinaus haben viele Mitarbeiter der Haftanstalten - manchmal bis zu 80 Prozent - aus verschiedenen Gründen, wie z. B. Evakuierung oder mangelnde Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden, die Anstalten verlassen. Die Gewährleistung angemessener Haftbedingungen wurde unmöglich, da den Verwaltungen die notwendigen personellen und materiellen Ressourcen ausgingen.

Während der ersten Zeit der Besetzung waren die Haftanstalten in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten weiterhin auf ihre eigene Versorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten und anderen lebenswichtigen Dingen angewiesen. Später stellte sich heraus, dass die russischen Besatzungstruppen nicht für die Kontinuität dieser Versorgung gesorgt hatten. Die Verwaltungen der Haftanstalten waren gezwungen, auf Freiwillige und andere Alternativen zurückzugreifen, wie z. B. andere staatliche Einrichtungen um die gemeinsame Nutzung ihrer Vorräte zu bitten (z. B. Medikamente aus örtlichen Krankenhäusern). Das Fehlen von Plänen zur Einrichtung neuer Versorgungsketten durch die russischen Besatzungsbehörden war möglicherweise der Grund für die Verlegung von Gefangenen und Patienten/Bedürftigen der betreffenden Einrichtungen auf russisches Hoheitsgebiet, wo eine solche Versorgung gewährleistet werden konnte.

Inoffizielle Haftanstalten sind illegal und per definitionem ungeeignet für die Inhaftierung von Menschen, da sie nicht für diesen Zweck konzipiert sind. Solche inoffiziellen Orte in nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten sind durch extrem schlechte Bedingungen gekennzeichnet, einschließlich Mangel an Nahrung und Trinkwasser, fehlende Toiletten, Mangel an frischer Luft, natürlicher und/oder künstlicher Beleuchtung. In vielen Fällen waren diese Bedingungen mit körperlichen Misshandlungen verbunden und konnten einer Folter gleichkommen.

Morde

Es gibt zahlreiche Berichte über Tötungen durch russische Militärangehörige in inoffiziellen Haftanstalten. So dokumentierte das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) in einem aktuellen Bericht 30 Fälle von Hinrichtungen von Zivilisten in

Gewahrsam. Laut dem thematischen Bericht des OHCHR vom Dezember 2022⁴, wurden Zivilisten in Häusern, Kellern, Garagen, Industrie- oder Bürokomplexen oder anderen Räumlichkeiten festgehalten, in denen russische Streitkräfte stationiert waren. In den meisten Fällen waren die Hände der Opfer an den Orten der Inhaftierung mit Handschellen oder Klebeband gefesselt, und ihre Körper wiesen Verletzungen auf, die auf Folter oder andere Misshandlungen hinwiesen, bevor sie getötet wurden⁵. Die Ergebnisse dieses Berichts bestätigen diese Vorfälle und zeigen auch, dass der Folter und Tötung von Zivilisten häufig eine inoffizielle Inhaftierung in Haftanstalten vorausging.

Was die offiziellen Haftanstalten betrifft, so wird über Tötungen in diesen Einrichtungen weniger häufig berichtet als über andere Arten von Verstößen, wie etwa Folter. Dennoch töteten russische Soldaten Berichten zufolge Gefangene unter dem falschen Vorwand, Unruhen zu unterdrücken, in Wirklichkeit zielten diese Tötungen jedoch angeblich darauf ab, eine „neue innere Ordnung“ auf der Grundlage von Angst zu schaffen. Darüber hinaus wurden angeblich auch offizielle Haftorte wie Polizeistationen zur Folterung und Hinrichtung von Zivilisten genutzt.

Die meisten Fälle von Tötungen wurden von den ukrainischen Strafverfolgungsbehörden nach der Befreiung einiger der unkontrollierten Gebiete aufgedeckt. Viele dieser Berichte wurden veröffentlicht und in diesem Bericht verwendet, um Muster im Verhalten des russischen Militärs aufzuzeigen. Darüber hinaus werden die Schlussfolgerungen dieses Berichts durch Informationen gestützt, die aus nichtöffentlichen Quellen stammen, einschließlich unserer Interviews mit Gefangenen.

Militärische Streiks

Während des Berichtszeitraums gab es zahlreiche Fälle von Beschuss und Beschädigung von Haftanstalten. Dieser Abschnitt über den Beschuss umfasst nicht nur Vorfälle in nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten, sondern auch in von der Regierung kontrollierten Gebieten, da er uns zeigt, wie sich der Krieg direkt auf Haftanstalten in der gesamten Ukraine auswirkt. Bei diesen Vorfällen handelte es sich meist um Artilleriebeschuss von Siedlungen, Untersuchungshaftanstalten und sozialen Einrichtungen. Der Beschuss führte zur Zerstörung dieser Orte, zur Beschädigung der Infrastruktur der Einrichtungen, zu Verletzungen und manchmal zum Tod von Strafvollzugsbediensteten, Häftlingen, Sozialarbeitern und Bewohnern.

Nach Angaben des ukrainischen Justizministeriums wurden mindestens 22 Gefängnisse beschädigt, wobei fünf Gefängnisbedienstete ums Leben kamen und fünf weitere verletzt wurden. Mindestens 1 Gefangener wurde getötet. Diese Zahlen spiegeln jedoch nicht die Opfer in Gefängnissen in nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten wider, die nur schwer, wenn überhaupt, vollständig zu dokumentieren sind. So sollen beispielsweise mindestens 53 ukrainische Kriegsgefangene bei einer Explosion in der Olenivska-Kolonie in der Region Donezk getötet worden sein, was jedoch nicht überprüft werden kann, da Russland einer eigens eingerichteten UN-Mission den Zugang zu dem Gefängnis verweigert. Auch während der Evakuierung kam es zum Beschuss von Haftanstalten. So wurden beispielsweise bei der Evakuierung eines psychiatrischen Krankenhauses im Dorf Striletscha in der Region Charkiw mindestens vier medizinische Mitarbeiter getötet und zwei Patienten verletzt.

⁴ Bericht des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte "Tötungen von Zivilisten: Willkürliche Hinrichtungen und Angriffe auf einzelne Zivilisten in den Regionen Kyjiw, Tschernihiw und Sumy im Zusammenhang mit dem bewaffneten Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine", Dezember 2022: <https://www.ohchr.org/sites/default/files/2022-12/2022-12-07-OHCHR-Thematic-Report-Killings-EN.pdf>

⁵ Ebd.

2. “Frauenzellen“ in der Folterkammer von Cherson: analytischer Bericht auf der Grundlage von Zeugenaussagen von Häftlingen

Der analytische Bericht wurde vom ZMINA-Menschenrechtszentrum im Jahr 2023 als Teil der Arbeit der Organisation zur Dokumentation von Kriegsverbrechen erstellt. Diese Analyse zielt darauf ab, alle Aspekte der Inhaftierung von Frauen in der temporären Haftanstalt in Cherson zu untersuchen. Insbesondere die Umstände und Gründe für die Inhaftierung, die Identifizierung von Bevölkerungsgruppen, die von der Russischen Föderation nach der Besetzung der Stadt ins Visier genommen wurden, die Haftbedingungen in der provisorischen Haftanstalt und spezifische Verstöße: Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung, die an weiblichen Gefangenen begangen wurden, sowie die Folgen dieser Verstöße.

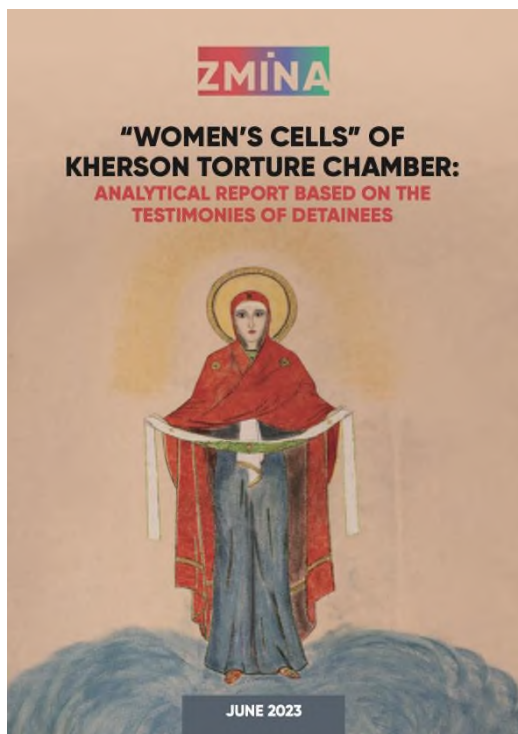
Linktext des Dokuments:

https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2023/07/women_kherson_ukr_web.pdf

(Ukrainische Version)

https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2023/07/women_kherson_eng_web.pdf

(Englische Version)



Am 24. Februar 2022 startete die Russische Föderation eine groß angelegte Invasion in der Ukraine. Eine der Richtungen der Offensive war der Süden - vom Gebiet der Krim, das 2014 besetzt worden war, zum Gebiet der Südukraine, einschließlich der Region Cherson. Anfang März 2022 nahm das russische Militär die Stadt Cherson ein.

Die Bewohner der Region Cherson leisteten mit Versammlungen und Kundgebungen friedlichen Widerstand gegen die russische Besatzung. Um die Proteste zu unterdrücken und die örtliche Bevölkerung einzuschüchtern, um die Kontrolle über die Region aufrechtzuerhalten, setzten die russischen Truppen Waffen ein und verschleppten örtliche Behörden und aktive Bürger. Nach der Räumung eines Teils der Region Cherson gelang es Strafverfolgungsbeamten, 11 Folterkammern und 13 Haftorte zu identifizieren, an denen russische

Vertreter Zivilisten, Einwohner von Cherson und der Region Cherson festhielten und folterten.

Einer dieser Orte war die vorübergehende Haftenrichtung Nr. 1 der Hauptabteilung der Nationalen Polizei in der Region Cherson in der Teploenerhetykiw-Straße 3 in Cherson, in der sogenannte Frauenzellen eingerichtet wurden. Seit Ende März 2022 werden in der vorübergehenden Haftenrichtung Anwohner festgehalten.

Die Analyse basiert auf den Aussagen, die in ausführlichen Interviews mit Opfern (10) und Zeugen (4) während der Feldmissionen des ZMINA-Menschenrechtszentrums gesammelt wurden.

Der Bericht stellt fest, dass Folter hauptsächlich bei Verhören angewandt wurde und sich gegen Frauen richtete, die beruflich mit ukrainischen Strafverfolgungsbehörden oder den Streitkräften zu tun

hatten oder von russischen Vertretern verdächtigt wurden, Verbindungen zur ukrainischen Widerstandsbewegung zu unterhalten. Bei fünf der inhaftierten Frauen wurden Fälle von Folter festgestellt. Es gab auch Fälle von Schlägen während der Inhaftierung - eine Frau wurde mit einer Blutung unter dem Auge und Prellungen am Kopf in die vorläufige Hafteinrichtung gebracht.

In einem anderen Fall wurde die Beschwerdegegnerin dreimal getreten, als sie stürzte, während sie zu einer Zelle in einer vorläufigen Hafteinrichtung begleitet wurde.

Am häufigsten wurde mit Elektroschocks, Wasser und Schlägen gefoltert.

Die meisten Opfer von Schlägen berichteten, dass sie sowohl mit den Füßen als auch mit Fremdkörpern wie Gummiknüppeln in den Bauch und in die Nieren geschlagen wurden. Eines der Opfer wurde mit solcher Wucht auf die Fersen geschlagen, dass es danach nicht mehr aufstehen konnte. Zeugen berichteten auch, dass eines der Opfer mit dem Kopf gegen eine Wand geschlagen wurde. Einigen Opfern wurden während des Verhørs die Hände mit Handschellen auf dem Rücken gefesselt. Infolgedessen berichteten die Opfer über Schwellungen und Taubheit in ihren Gliedmaßen. Schläge wurden meist wiederholt und in Kombination mit anderen Foltermethoden während der Verhøre eingesetzt.

Während der Verhøre wurden auch Elektroschocks eingesetzt - Drähte wurden auf der Haut angebracht und an den Fingern befestigt. In einem Fall wurde dem Opfer ein Stromschlag auf die Brust versetzt.

Das den Häftlingen zugefügte Leid war nicht die Ausnahme oder der Missbrauch durch Einzelpersonen, sondern wurde von Vertretern der Russischen Föderation während der gesamten Dauer der Inhaftierung bei Verhören eingesetzt, um Informationen, Geständnisse oder Einschüchterungen zu erhalten, um den Widerstand in den besetzten Gebieten zu unterdrücken. Sie wurden gegen Frauen angewandt, die sich aufgrund ihrer Inhaftierung und der anschließenden Inhaftierung an Haftorten ohne die Möglichkeit, in den Genuss von Verfahrensgarantien zu kommen, in einer äußerst verletzlichen Situation befanden, und können daher unserer Ansicht nach eine Misshandlung und/oder Folter darstellen.

Schlussfolgerungen der Autoren des Berichts

Aus der Analyse aller Phasen der Inhaftierung von Frauen in dem von russischen Truppen besetzten provisorischen Gefangenenlager in Cherson lassen sich mehrere Schlussfolgerungen ziehen.

1. Gezielte Verfolgung bestimmter Bevölkerungsgruppen, insbesondere von Frauen, die Positionen in ukrainischen Strafverfolgungsbehörden innehatten oder der Beteiligung an der ukrainischen Widerstandsbewegung verdächtigt wurden, ist zu beobachten.

2. Die Gründe für die Verfolgung und Inhaftierung waren extrem breit gefächert und reichten von einem minimalen Verdacht aufgrund der Veröffentlichung eines pro-ukrainischen Beitrags in den sozialen Medien bis hin zur Denunziation der Beteiligung an der Widerstandsbewegung. Infolgedessen beschränkten sich die Kategorien der festgenommenen Personen nicht auf diejenigen, die in der Strafverfolgung oder der Widerstandsbewegung tätig waren: Freiwillige, Pädagogen, lokale Regierungsbeamte, Unternehmer und sogar zufällige Passanten, deren Verhalten den russischen Beamten „nicht gefiel“, wurden festgenommen. Hervorzuheben ist auch der beobachtete Trend, Frauen als Geiseln festzuhalten, um ihre Familienangehörigen, Verwandten oder Arbeitgeber weiter zu inhaftieren.

3. Die rechtswidrigen Festnahmen gingen mit weiteren Verstößen einher: keine Mitteilung der Gründe für die Durchsuchungen und Festnahmen, keine Vertretung der Personen, die die Festnahme durchführen, und die Anwendung von Gewalt während der Festnahme.

4. Die Bedingungen in der vorläufigen Gewahrsamseinrichtung entsprachen nicht den Anforderungen einer ordnungsgemäßen Inhaftierung und können auf Misshandlung hinauslaufen, einschließlich der unsachgemäßen Unterbringung von Frauen in Zellen, die nicht für mehr als zwei Personen geeignet sind, Probleme beim Zugang zu frischer Luft, unzureichende Verpflegung und unzureichende hygienische Bedingungen, fehlende Privatsphäre beim Gang zur Toilette, übermäßige Erfassung persönlicher Daten und biologischen Materials sowie fehlende medizinische Versorgung.

5. Körperliche Misshandlungen wie Schläge, Elektroschocks und Ertränken, die bei Verhören gegen Frauen eingesetzt werden, um sie einzuschüchtern und Informationen oder Geständnisse zu erpressen, stellen Folter dar.

6. Psychologischer Missbrauch und erniedrigende Behandlung waren die Hauptdruckmittel, denen die Frauen in der vorläufigen Hafteinrichtung ausgesetzt waren, und wurden auf alle Inhaftierten angewandt. Während ihres gesamten Aufenthalts in der vorläufigen Hafteinrichtung waren die Frauen gezwungen, die Misshandlung anderer Häftlinge miterleben und sogar Folterungen in ihren Zellen zu hören. Ein zusätzlicher Faktor für den psychischen Druck war die Ungewissheit, in Isolationshaft gehalten zu werden, das Fehlen eines festen Zeitplans, lange Wartezeiten bei Verhören und die Tatsache, dass die Frauen nicht über die Verfahren informiert wurden, zu denen sie aus ihren Zellen geholt wurden. Auch den Angehörigen wurden Informationen über den Ort oder die Dauer der Inhaftierung vorenthalten. Auch Drohungen mit Gewalt oder Mord waren bei Verhören weit verbreitet, entweder gegenüber den Frauen selbst oder gegenüber ihren Familienangehörigen oder Verwandten, einschließlich Kindern. Psychologischer Missbrauch kann in seiner Gesamtheit sowie unter Berücksichtigung der allgemeinen Haftbedingungen in einer vorläufigen Hafteinrichtung Folter darstellen. Auch einzelne Fälle von psychischem Missbrauch, die schweres Leid verursachen, können für sich genommen Folter darstellen.

7. Drohungen mit sexueller Gewalt und Belästigungen, die eine grausame und erniedrigende Behandlung darstellen können, wurden von Vertretern der Russischen Föderation sowohl während der Festnahme als auch während der Verhöre eingesetzt. Sie äußerten sich in Form von erzwungener Nacktheit, Drohungen mit sexueller Ausbeutung und Vergewaltigung - sowohl der Frau als auch des Kindes des Opfers. Es gab auch einen Fall von sexualisierter Folter.

8. Die Folgen des Aufenthalts in einer Untersuchungshaftanstalt sind für Frauen unterschiedlich: materiell - insbesondere der Verlust von Eigentum und Dokumenten, die bei Durchsuchungen und Festnahmen beschlagnahmt wurden, sowie von Ersparnissen; körperlich - Verschlechterung des Gesundheitszustands, Verschlimmerung chronischer Probleme, körperliche Stresserscheinungen; und psychisch - zunehmende Nervosität, Apathie und Angst um das eigene Leben und das Leben und die Sicherheit der Angehörigen.

9. Es wurde festgestellt, dass verschiedene Strafverfolgungsbehörden der Russischen Föderation, darunter die „Polizei des Innenministeriums der Russischen Föderation“, die „Militärkriminalpolizei“ und der Föderale Sicherheitsdienst, an der Inhaftierung der Frauen und ihrer Unterbringung in der vorläufigen Hafteinrichtung beteiligt waren. Die Inhaftierten in der vorübergehenden Hafteinrichtung wurden von Vertretern der russischen Streitkräfte und - nach einer Rotation - angeblich von Mitarbeitern des Föderalen Strafvollzugsdienstes beaufsichtigt. Den Zeugenaussagen zufolge wurden die Verbrechen gegen die Inhaftierten von Vertretern aller oben genannten Strukturen begangen.

10. Das Vorgehen der russischen Vertreter gegenüber den Opfern stellt einen Verstoß gegen den Gemeinsamen Artikel 3 der Genfer Konventionen dar, der Gewalt gegen Leben und Person, einschließlich aller Formen grausamer Behandlung und Folter, verbietet. Darüber hinaus stellen sowohl die rechtswidrige Inhaftierung als auch die Folter und unmenschliche Behandlung schwere Verstöße gegen die Genfer Konventionen dar und gelten als Kriegsverbrechen. Diese Handlungen können auch als Kriegsverbrechen im Sinne des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs eingestuft werden, nämlich: rechtswidrige Freiheitsberaubung, vorsätzliche Zufügung großer Leiden oder schwerer Verletzungen des Körpers oder der Gesundheit, Verletzung der Menschenwürde, einschließlich erniedrigender und entwürdigender Behandlung, sowie Folter oder unmenschliche Behandlung. Es ist auch erwähnenswert, dass eine vom ZMINA-Menschenrechtszentrum durchgeführte Studie auf der Grundlage von Zeugenaussagen, die in bestimmten Gemeinden in den Regionen Charkiw, Kyjiw und Cherson gesammelt wurden, zu dem Schluss kam, dass Folter weit verbreitet war - die Foltertaten waren keine Ausnahme oder ein Exzess einer einzelnen Militäreinheit. Experten des Moskauer Mechanismus der OSZE haben ebenfalls Muster schwerer Misshandlungen von Zivilisten in den besetzten Gebieten dokumentiert, und die Unabhängige internationale Untersuchungskommission der Vereinten Nationen ist zu dem Schluss gekommen, dass die Anwendung von Folter durch die russischen Behörden Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen könnte. In Anbetracht dessen und der in dieser Analyse dokumentierten Fakten kann der Schluss gezogen werden, dass es Gründe gibt, die Handlungen der Vertreter der Russischen Föderation als solche zu betrachten, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit Inhaftierung oder sonstigem schweren Entzug der körperlichen Freiheit unter Verletzung grundlegender Normen des Völkerrechts und Folter darstellen können.

3. Folter und Misshandlung von Zivilisten in den ukrainischen Gebieten unter russischer Besatzung (am Beispiel der Regionen Kyjiw, Charkiw und Cherson)

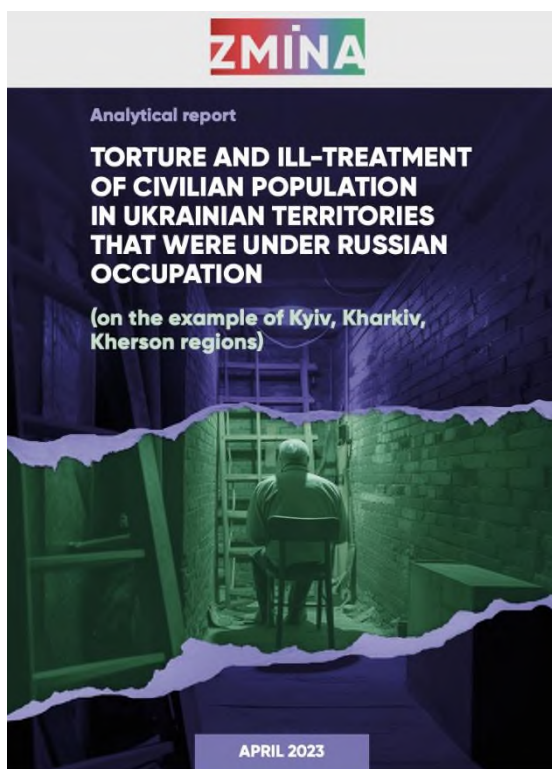
Der analytische Bericht analysiert Fälle von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung, die vom ZMINA-Menschenrechtszentrum in den Regionen Charkiw, Kyjiw und Cherson im Zeitraum Januar bis März 2023 dokumentiert wurden, sowie Daten, die aus offenen Quellen stammen. Die Studie umfasst: einen allgemeinen Überblick über die systematischen Praktiken der Folter und Misshandlung von Zivilisten in den neu besetzten Gebieten; eine Analyse der Arten von Orten illegaler Inhaftierung und Folter, der Besonderheiten der Inhaftierung von Zivilisten und der Kategorien von Anwohnern, die am stärksten von Folter und Misshandlung bedroht waren (ehemalige ukrainische Militärangehörige, Teilnehmer der Anti-Terror-Operation/Gemeinsame Einsatzkräfte, ehemalige und derzeitige Vollzugsbeamte, zivile Freiwillige, politische und zivilgesellschaftliche Aktivisten).

Diese Publikation enthält naturgetreue Beschreibungen von Vorfällen oder Opfern, die einige Leser schockieren oder verstören könnten.

Linktext des Dokuments:

https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2023/04/torture_ukr_web.pdf (Ukrainische Version)

https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2023/04/torture_web_eng.pdf (Englische Version)



Russische Militärangehörige, die während der Verhöre direkt an der Folter beteiligt waren, versuchten in der überwiegenden Mehrheit der Fälle, ihre Identität zu verschleiern. Insbesondere durch die Verwendung von Sturmhauben, die das Gesicht des Opfers verdeckten, während es festgehalten wurde (bei schwereren Folterungen konnte das Opfer mit einem „Sack über dem Kopf“ festgehalten werden, was den Sichtkontakt verhinderte und die Atmung erschwerte).

Die Befragten aus der Stadt Cherson gaben an, dass die Vertreter der Einheit, die sie festhielt, versuchten, in der Kommunikation keine Namen oder Rufzeichen zu verwenden, um ihre Anonymität zu wahren.

Befragte, die illegal in „Folterkammern“ festgehalten worden waren, bezeugten auch die Versuche des russischen Militärs, den täglichen Kontakt mit den Gefangenen auf ein Minimum zu

beschränken. Die Aufgaben der Bewachung und der Befriedigung grundlegender Bedürfnisse ukrainischer Häftlinge wurden von separaten Einheiten oder Einzelpersonen wahrgenommen (z. B. in der Polizeistation Balaklija, die von den Opfern als so genannte „LNR-Offiziere“ bezeichnet wurden). Besuche in den Zellen durch russisches Personal waren mit der Androhung von Gewalt verbunden.

Die meisten Opfer geben auch an, dass sie so lange in Gewahrsam gehalten wurden, bis sie sichtbare Anzeichen von Folter, in der Regel Schläge, zeigten. Auf diese Weise versuchten die russischen Einheiten, die Fakten der Folter zu verschleiern.

Aggressive Verhaltensmuster gegenüber der örtlichen Zivilbevölkerung waren für alle russischen Einheiten typisch. Der Mangel an Führungskapazitäten und die geringe Qualität des Personals in den Besatzungseinheiten verschlimmerten die Situation für die Zivilbevölkerung potenziell. Spontan gaben die Opfer an, dass Vertreter der so genannten DNR/LNR oder ausländischer ethnischer Gruppen der russischen Armee („Kaukasier“, „Burjaten“ usw.) oft aggressiver gegenüber der Bevölkerung waren.

Die meisten der Befragten, die illegal festgehalten wurden, sagten aus, dass Folter ein fester Bestandteil des Verhörs war. Gleichzeitig gab es Fälle von Folter während der Haft oder außerhalb des Ortes der ständigen Inhaftierung.

Forscher sind zu dem allgemeinen Schluss gekommen, dass Folterverbrechen sehr häufig sind. Erstens sind einige dieser Fälle von Gewalt spontan. Sie betreffen russische Einheiten, die inländische Kontakte mit der Zivilbevölkerung hatten, die die Besatzungsbehörden aufgrund des starken Widerstands weiterhin als Bedrohung für sie ansehen. Dies gilt für buchstäblich alle Gruppen der Zivilbevölkerung und erklärt zumindest teilweise die Art zahlreicher internationaler Verbrechen in den besetzten Gebieten.

Die Dauer der Besetzung einer bestimmten Region führt zu einer Institutionalisierung und Instrumentalisierung der Folter. Die Einrichtung des Verwaltungssystems in solchen Gebieten führt dazu, dass die Besatzungsbehörden, die Polizei und die Militäreinheiten aktiver und gezielter beginnen, bestimmte Gruppen der Zivilbevölkerung zu verfolgen.

Darüber hinaus weisen russische Dokumente, die in den enteigneten Gebieten gefunden wurden, darauf hin, dass die weit verbreitete Praxis der illegalen Inhaftierung und Folterung von Zivilisten von der höchsten militärischen und politischen Führung der Russischen Föderation genehmigt wurde. Die gesammelten Beweise bestätigen die Schlussfolgerungen internationaler Experten über den geplanten und systematischen Charakter des Terrors gegen die Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten, der insbesondere durch das „Herausfiltern“ und die Folterung bestimmter Zielgruppen ausgeübt wurde ⁶.

⁶ Wayne Jordash 02.03.2022 Kremlin pre-planned and helped finance Kherson torture centers, international investigators say <https://edition.cnn.com/europe/live-news/russia-ukraine-warnews-03-2-23/index.html>

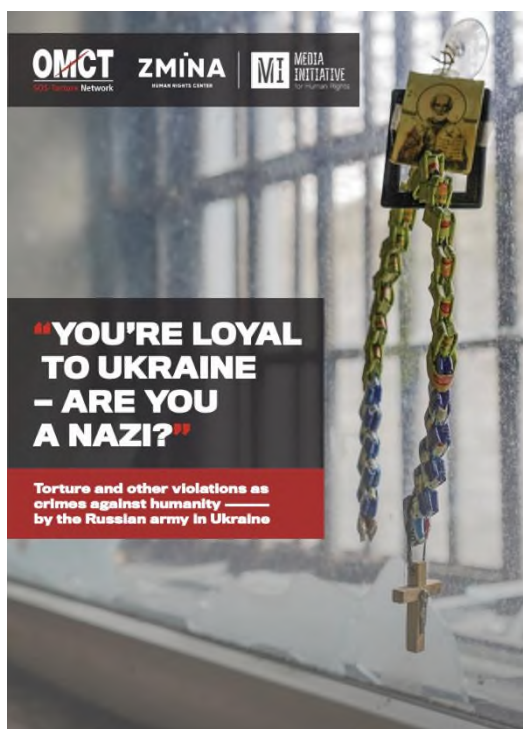
4. „Bist du loyal zur Ukraine - bist du ein Nazi?“. Folter und andere Verstöße als Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die russische Armee in der Ukraine

Der Bericht wurde von Vertretern der Weltorganisation gegen Folter, der Nichtregierungsorganisation Media Initiative for Human Rights und der Nichtregierungsorganisation ZMINA Human Rights Centre im Jahr 2024 erstellt. Der Bericht beschreibt Folter und andere Misshandlungen ukrainischer Zivilisten in den Gebieten der Ukraine, die im Februar/März 2022 vom russischen Militär besetzt und später im selben Jahr befreit wurden. Der Bericht stellt fest, dass diese Verstöße weit verbreitet und systematisch waren und möglicherweise Verbrechen gegen die Menschlichkeit wegen der Verfolgung einer politischen Gruppe darstellen.

Linktext des Dokuments:

<https://zmina.ua/wp-content/uploads/sites/2/2024/07/rapport-ukraine-torture-final-ukrainian-omct-pages-1-1.pdf> (Ukrainische Version)

<https://mipl.org.ua/wp-content/uploads/2024/07/rapport-ukraine-torture-final-omct-web-pages-1-1.pdf> (Englische Version)



Nach der Übernahme der Kontrolle über bestimmte Gebiete in den ukrainischen Regionen Charkiw, Cherson, Saporischschja, Donezk, Kyjiw und Tschernihiw im Jahr 2022 begann das russische Militär⁷ mit der Verfolgung einer breiten politischen Gruppe von Zivilisten, die der Ukraine gegenüber loyal waren, sich der Besetzung widersetzen und die russischen Truppen, die russische politische Führung und ihre Ideologie der „Russkiy Mir“^{8 9} nicht unterstützten. Dabei handelt es sich sowohl um Personen, die offen oder verdeckt loyal zur Ukraine standen, als auch um solche, die nur verdächtigt wurden, loyal zu sein.

Das russische Militär und die Sicherheitsdienste führten eine Reihe gut organisierter, im Voraus geplanter „Filter“-Operationen durch, um die Bevölkerung zu überprüfen und Zivilisten zu identifizieren, die den ukrainischen Staat unterstützten oder als

Unterstützer angesehen wurden.

Sobald sie identifiziert waren, wurden Mitglieder der verfolgten Gruppe willkürlich inhaftiert, zum Verschwinden gebracht und in der Haft gefoltert und anderweitig misshandelt. Dazu gehörten sexuelle Gewalt, die der Folter gleichkam, und in der überwältigenden Mehrheit der Fälle die Verweigerung des

⁷ „Russisches Militär“ bezieht sich auf alle Streitkräfte, die de facto unter der Kontrolle der Russischen Föderation stehen, einschließlich der Sonder- und Nachrichtendienste, des Föderalen Strafvollzugsdienstes, der Nationalgarde, der Streitkräfte der so genannten Donezker und Luhansker Volksrepubliken usw..

⁸ Russkiy Mir: <https://dgap.org/en/events/russkiy-mir-russian-world>, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, 3. Mai 2016.

⁹ Putin billigt eine neue außenpolitische Doktrin, die auf dem ideologischen Konzept der „russischen Welt“ basiert: <https://www.reuters.com/world/putin-approves-new-foreign-policy-doctrine-based-russian-world-2022-09-05/>, Reuters, 5. September 2022.

Rechts auf ein faires Verfahren, die Zwangsdeportation nach Russland und außergerichtliche Hinrichtungen.

Physische und psychische Folter und andere Misshandlungen wurden systematisch bei der Festnahme, bei der Verlegung zwischen verschiedenen Haftorten und während der Haft selbst angewandt. Folter war ein zentrales Mittel zur Erlangung von Informationen, zur Nötigung und zur Bestrafung. In allen dokumentierten Fällen wurden die Opfer unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten und waren ständiger psychischer Gewalt ausgesetzt, was einer Folter und Misshandlung gleichkam. Viele Opfer berichteten, dass sie Zeuge regelmäßiger Massenfolterungen anderer Gefangener wurden. In diesem Bericht werden die Überlebenden der Folter, die Umstände ihrer Festnahme, die Folterer, die Verhöre selbst und die Auswirkungen auf die Überlebenden porträtiert.

Obwohl viele Fälle von Folter und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen nicht gemeldet werden, ergab eine Analyse der dokumentierten Fälle, die geografisch und zeitlich verteilt sind, Muster, die sich an mindestens zwanzig Haftorten wiederholen. In den jeweiligen Gewahrsamsorten, einschließlich inoffizieller und offizieller Gewahrsamsorte, gibt es Ähnlichkeiten in der Befehlskette der Täter, den Verhörszenarien, den Foltermethoden und -mitteln sowie in den Umständen der Verhaftung und Freilassung von Häftlingen. Diese Muster belegen die Absicht, eine bestimmte politische Gruppe systematisch und im Voraus geplant zu verfolgen.

Das Ausmaß und der geplante Charakter dieser schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen, die Identifizierung von Mitgliedern der verfolgten Gruppe und die Beteiligung staatlicher Strukturen der Russischen Föderation, die in koordinierter und ähnlicher Weise handeln, deuten auf das Vorhandensein einer Befehlskette hin.

Verschiedene Militäreinheiten, die dem Innen- und dem Verteidigungsministerium der Russischen Föderation unterstellt sind, waren an der Umsetzung dieser Politik beteiligt. Zu den weiteren beteiligten staatlichen Akteuren gehörten Militäreinheiten der so genannten DNR und der LNR, die effektiv unter russischer Kontrolle standen, das so genannte Innenministerium der DNR, der Föderale Sicherheitsdienst, die Föderale Nationalgarde und der Föderale Strafvollzugsdienst Russlands.

Der Bericht dokumentiert verschiedene Foltermethoden und -werkzeuge. Es wird festgestellt, dass Folter während der Inhaftierung von Zivilisten weit verbreitet war, auch außerhalb der Verhöre. Ein Zeuge, der im Untersuchungsgefängnis von Cherson inhaftiert war, berichtete von einem wiederkehrenden kollektiven „Folterritual“, das von der Verwaltung organisiert wurde. Männliche zivile Gefangene wurden gezwungen, lautstark die russische militärische und politische Führung zu loben, und wenn sie sich weigerten, wurden ihnen jedes Mal, wenn die Wachen ihre Zellen öffneten, Schläge und Folter mit Elektroschockern angedroht.

In den besetzten Gebieten der Regionen Charkiw, Cherson, Saporischschja und Donezk, wo das russische Militär seine Verwaltung eingerichtet hat, waren Hinrichtungen von Zivilisten nicht üblich. Häftlinge wurden in der Regel freigelassen, wenn die Folter zu lebensbedrohlichen Verletzungen führte. Es wurden jedoch einige Fälle von Hinrichtungen oder Todesfällen im Zusammenhang mit der Folter gemeldet. Ein Überlebender der Folter in der Strafkolonie Nr. 120 in Oleniwka, Region Donezk, sah, wie der tote Körper eines anderen Häftlings abtransportiert wurde, nachdem dieser während des Verhörs schwer geschlagen worden war.

Dieser Bericht enthält die folgenden **Empfehlungen**:

An die zuständigen staatlichen Behörden der Russischen Föderation:

Geben Sie die Politik der systematischen Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Rechts gegenüber der Zivilbevölkerung in der Ukraine auf, insbesondere die Praxis der Folter, der Misshandlung und des Verschwindenlassens, der außergerichtlichen Hinrichtungen und der illegalen

Inhaftierungen; veröffentlichen Sie unverzüglich die Listen der festgenommenen und entführten ukrainischen Zivilisten, stellen Sie ihren Familien alle Informationen über ihren Aufenthaltsort und ihren Gesundheitszustand zur Verfügung und lassen Sie alle Zivilisten frei, die während der groß angelegten Militäroperationen verschwunden sind, willkürlich festgenommen oder illegal inhaftiert wurden dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und anderen internationalen Organisationen ungehinderten Zugang zu ukrainischen zivilen Gefangenen zu gewähren;

wirksame Untersuchungen von Fällen von Folter und Misshandlung sowie anderer schwerer Menschenrechtsverletzungen an Zivilisten in den von Russland besetzten Gebieten der Ukraine durch die zuständigen staatlichen Behörden der Russischen Föderation durchzuführen, sicherzustellen, dass die für diese Verbrechen Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden, und den Opfern Rehabilitation und Wiedergutmachung zu gewähren das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs zu ratifizieren und die nationalen Rechtsvorschriften in vollem Umfang mit allen Verpflichtungen aus dem Römischen Statut in Einklang zu bringen;

Ratifizierung des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen; Aufhebung nationaler Rechtsvorschriften, die die Nichtvollstreckung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vorsehen, die vor dem Austritt der Russischen Föderation aus der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten ergangen sind. Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit dem Europarat und allen seinen Gremien;

Uneingeschränkte Zusammenarbeit mit dem UN-Sonderberichterstatter für Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, dem Sonderberichterstatter für außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen und der UN-Arbeitsgruppe für das gewaltsame oder unfreiwillige Verschwindenlassen; Ausweitung der Einladungen und Gewährung des Zugangs zu ukrainischen Zivilisten unter russischer Kontrolle und Bereitstellung zuverlässiger Informationen auf deren Anfragen; Gewährleistung einer wirksamen Zusammenarbeit mit allen Menschenrechtsvertragsorganen, einschließlich des UN-Ausschusses gegen Folter und des UN-Menschenrechtsausschusses, sowie mit der Unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission für Verstöße in der Ukraine und anderen UN-Mechanismen, die mit der Untersuchung von Fällen von Folter und anderen Misshandlungen beauftragt sind;

Gewährleistung der uneingeschränkten Einhaltung der Genfer Konvention (IV) über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. August 1949 und des Zusatzprotokolls zu den Genfer Konventionen vom 12. August 1949 und über den Schutz von Personen nach Konflikten (8. Juni 1977);

dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe beizutreten und das absolute Verbot von Folter und anderen Misshandlungen zu wahren

An die zuständigen staatlichen Behörden der Ukraine:

Garantieren Sie den Opfern die Möglichkeit, bei unabhängigen Ermittlungsbehörden Beschwerde gegen Folter und damit zusammenhängende Straftaten einzureichen;

Gewährleistung wirksamer Untersuchungen von Folter und Misshandlungen, die von beiden Seiten des bewaffneten Konflikts in der Ukraine begangen wurden, einschließlich der Umsetzung des Handbuchs über die wirksame Untersuchung und Dokumentation von Folter (Istanbul-Protokoll);

Gewährleistung, dass die Täter dieser Verbrechen vor Gericht gestellt werden, und Bereitstellung von Rehabilitations- und Wiedergutmachungsmaßnahmen für die Opfer;

Einleitung staatlicher Rehabilitationsprogramme für alle Folteropfer in der Ukraine, unabhängig davon, ob sie durch ein Gerichtsurteil als solche anerkannt worden sind;

Einrichtung eines einheitlichen, überprüften Registers aller in den von Russland besetzten Gebieten der Ukraine inhaftierten Zivilpersonen, unabhängig davon, ob sie dort festgehalten oder nach Russland verbracht werden; Einleitung des Prozesses zur Lokalisierung inhaftierter Zivilpersonen, zur Identifizierung ihrer Haftorte und zur Überwachung dieser Orte, auch durch Zusammenarbeit mit den einschlägigen internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft;

die Einrichtung des Moskauer OSZE-Mechanismus gegen Inhaftierung, Folter und andere Misshandlungen von zivilen Gefangenen und Kriegsgefangenen zu erleichtern;

mit der Russischen Föderation über die Freilassung ziviler Gefangener zu verhandeln und mögliche Vermittler zur Erleichterung solcher Verhandlungen zu ermitteln und zu beauftragen; das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs zu ratifizieren

die Vereinten Nationen (UN), regionale Menschenrechtsmechanismen und ausländische Regierungen:

die systematische Praxis der Folter, die ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt, durch von Russland kontrollierte bewaffnete Gruppen gegen Zivilisten in den von Russland besetzten Gebieten der Ukraine, einschließlich der aus diesen Gebieten gewaltsam vertriebenen Zivilisten, zu verurteilen und die Lage der ukrainischen zivilen Gefangenen weiterhin ganz oben auf der internationalen Tagesordnung zu halten;

die russischen Behörden aufzufordern, ihren Verpflichtungen gegenüber der Zivilbevölkerung nach dem humanitären Völkerrecht und den Menschenrechten nachzukommen, unter anderem durch die Dokumentation und Berichterstattung über laufende Menschenrechtsverletzungen und internationale Verbrechen, Besuche bei inhaftierten Zivilisten und regelmäßige Befragungen der russischen Behörden zu ihrem Gesundheitszustand und ihren Haftbedingungen zu verlangen und die Freilassung der inhaftierten Zivilisten zu fordern;

eine rechtliche Bewertung der Einzelfälle und der Gesamtsituation im Einklang mit dem internationalen Strafrecht, dem humanitären Völkerrecht und den Menschenrechten sicherzustellen;

Förderung der Rechenschaftspflicht für Menschenrechtsverletzungen, internationale Folterverbrechen und andere Misshandlungen von Zivilisten oder Kriegsgefangenen, insbesondere durch: 1) Erleichterung der Einrichtung eines hybriden Tribunals, das sich aus ukrainischen und internationalen Richtern zusammensetzt, um diejenigen vor Gericht zu stellen, die an Folter und damit zusammenhängenden internationalen Verbrechen gegen ukrainische Zivilisten während der russischen Invasion in der Ukraine beteiligt waren; 2) Strafverfolgung der Täter durch extraterritoriale und universelle Gerichtsbarkeit auf nationaler Ebene oder zwischenstaatliche Klagen im Rahmen einschlägiger Verträge; 3) Sondierung zusätzlicher gezielter Maßnahmen gegen diejenigen, die für diese Verbrechen verantwortlich sein sollen.

An das Büro des Anklägers des Internationalen Strafgerichtshofs:

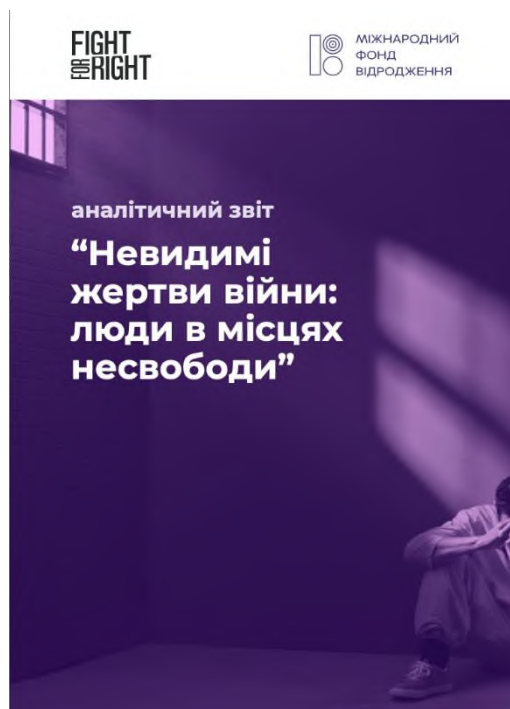
Stellen Sie sicher, dass die Ermittlungen auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit der Strafverfolgung nach Artikel 7 Buchstabe h des Römischen Statuts umfassen, einschließlich Tötungen, rechtswidrige Freiheitsberaubung, erzwungenes Verschwinden, Folter, sexuelle Gewalt und andere unmenschliche Handlungen, die gegen eine breite politische Gruppe von Zivilisten in den von Russland besetzten Gebieten der Ukraine begangen wurden.

5. Unsichtbare Opfer des Krieges: Menschen in Haftanstalten

Der Bericht wurde von Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen erstellt: „Ukraine ohne Folter“, Expertenzentrum für Menschenrechte, „Soziale Aktion“ und „Ukrainische Helsinki-Menschenrechtsunion“ unter der Leitung von „Fight For Right“ im Jahr 2023, um die Ergebnisse der Menschenrechtsbeobachtung und der Dokumentation von Kriegsverbrechen und anderen schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht zusammenzufassen.

Linktext des Dokuments:

<https://files.notorture.org.ua/lib/Невидимі%20жертви%20війни.pdf> (Ukrainische Version)



Der Bericht enthält die folgenden wichtigen Informationen über soziale Orte des Freiheitsentzugs:

Die Zwangsverlegung von Menschen mit Behinderungen aus zwei geriatrischen Einrichtungen in Mariupol nach Donezk wurde dokumentiert. Den in den Medien verbreiteten Informationen zufolge wurden Menschen mit Behinderungen, die sich im psychoneurologischen Internat Kajir (Region Cherson) befanden, darunter auch Behinderte, verschleppt: Die russische Antikriegsbewegung Dozor fand heraus, dass die aus dem psychoneurologischen Internat im Dorf Kajir in der Region Cherson in der Ukraine verschleppten Patienten in der Region Wolgograd der Russischen Föderation festgehalten wurden. Das russische Ministerium für Zivilschutz, Notfälle und die Beseitigung der Folgen von Naturkatastrophen bezeichnete die zwangsweise Verlegung der

Patienten aus der Region Cherson öffentlich als „Evakuierung“. Insgesamt wurden 208 Patienten auf das Gebiet der vorübergehend besetzten Krim gebracht, die später „mit dem Zug auf das Gebiet der Region Krasnodar und der Oblast Wolgograd gebracht wurden“.

Am 4. November 2022 verlegten die Russen nach Angaben des Leiters der regionalen Militärverwaltung von Cherson, Jaroslaw Januschewytsch, mehr als hundert Menschen mit psychischen Störungen aus dem psychoneurologischen Internat von Dnipro in der Nähe von Nowa Kachowka gewaltsam auf die vorübergehend besetzte Krim.

Später, am 24. November, wurden unter Beteiligung von Vertretern des russischen Ministeriums für Arbeit und Sozialschutz etwa 30 Personen, die sich noch in dem Waisenhaus aufhielten, zwangsverlegt. Ebenfalls am selben Tag wurden alle Menschen mit Behinderungen, die sich noch dort aufhielten, aus dem Waisenhaus in Oleshky.

Am 7. November 2022 meldeten die städtischen Behörden außerdem die Zwangsverlegung von Bewohnern des Altenpflegeheims Kachowka nach Woronesch.

Nach den Ergebnissen der Bearbeitung von 18 Antworten der regionalen Militärverwaltungen auf Informationsanfragen wurden 25 Haftanstalten im sozialen Bereich beschädigt. In der Oblast Dnipropetrowsk wurde 1 Einrichtung durch russischen Beschuss zerstört, in der Region Sumy - 4, in der Region Mykolajiw - 1, in der Region Charkiw - 4, und in der Stadt Kyjiw - 3. Die Einrichtungen im Donbass haben am meisten gelitten, insbesondere wurden 5 Einrichtungen in der Region Donezk

beschädigt, z.B. wurde das psychoneurologische Internat Bakhmut tatsächlich zerstört. Von den Einrichtungen für psychische Gesundheit wurden je eine medizinische Einrichtung in den Regionen Saporischschja und Mykolajiw, zwei in den Regionen Kijiw und Donezk und drei in der Region Charkiw infolge der Kampfhandlungen beschädigt (von 18 Antworten).

Der Bericht enthält die folgenden wichtigen Informationen über Strafvollzugsanstalten:

In ihren Gesprächen mit den Beobachtergruppen berichteten die aus der Region Cherson evakuierten Häftlinge von systematischen Folterungen durch die Besatzungsbehörden, die sie miterlebt hatten, sowie von mindestens einem Mord an einem Häftling und mehreren Fällen des Verschwindens von zivilen Geiseln, die von den Russen in Strafvollzugsanstalten festgehalten wurden. Nach Angaben der aus der nördlichen Strafkolonie Nr. 90 evakuierten Häftlinge begannen die Russen im Frühjahr, als sie die Kontrolle über die Anstalt übernahmen, mit der Verlegung von Häftlingen aus anderen Einrichtungen in der Region. Insbesondere wurden die Häftlinge aus der Justizvollzugsanstalt Nr. 10 in Darjiwka verlegt, und insgesamt befanden sich etwa 2000 Personen in der Anstalt.

Nach Angaben der Evakuierten wurden die schwersten Menschenrechtsverletzungen in der Haftanstalt in Cherson begangen, in der sowohl ukrainische als auch russische Gefangene festgehalten wurden. Bis Mai 2022 wurde die Einrichtung noch von der ukrainischen Verwaltung kontrolliert. Am 11. Mai drangen die Russen in die Einrichtung ein, um angeblich einen Häftlingsaufstand zu unterdrücken, und erschossen einen der Häftlinge, Serhii, tot. Zeugenaussagen zufolge kam er den Forderungen der Russen nicht nach, woraufhin sie ihn mit einem Schuss durch das Fenster töteten, obwohl er unbewaffnet war. Danach begannen in der Anstalt regelmäßige Repressionen - sowohl für die Äußerung einer pro-ukrainischen Haltung als auch für den geringsten Verstoß gegen die festgelegten Regeln. Wie sich einer der aus dem Untersuchungsgefängnis in Cherson evakuierten Häftlinge erinnert, drohten ihm die Russen in ihren Gesprächen: „Jungs, wenn ihr euch falsch bewegt, wird niemand mehr nett zu euch sein. Ich werde eine Granate in euren Futtertrog werfen und das war's. Es ist leichter für mich, euch abzuschreiben, als euch zu füttern.“ Er erinnert sich, dass die Russen ihn zweimal - jedes Mal für einen Monat - in ein staatliches Internierungslager schickten, weil er angeblich verbotene Gegenstände gefunden hatte, und dass er dort regelmäßig geschlagen wurde. Als er um medizinische Hilfe bat, wurde er erneut geschlagen. Auch in der staatlichen Hafteinrichtung der Institution wurden regelmäßig zivile Geiseln genommen.

Nach Angaben eines zu lebenslanger Haft verurteilten Häftlings, der zur Zeit des Krieges im Untersuchungsgefängnis von Cherson inhaftiert war, führten das russische Militär und Kollaborateure alle zwei Wochen Durchsuchungen der Zellen durch, bei denen sich die Häftlinge mit dem Gesicht nach unten auf den Boden legen mussten und die Besatzungstruppen Hinrichtungen nachstellten. Der Häftling sagte: „Fünf Leute kommen herein, sie treten auf dich ein wie auf einen Bürgersteig, das heißt, sie treten auf dein Gesicht, auf deinen Körper. Er ist da durchgelaufen und hat mir in die Rippen getreten. Psychologisch war es hart, wenn sie dir den Bolzen über das Ohr gezogen haben. Dann setzt der Lauf des Maschinengewehrs direkt auf deinem Hinterkopf auf, und der Abzug wird betätigt. Du hörst ein Klicken und merkst, dass es keinen Schuss gibt. Nach Aussage der Zeugen war die Haltung gegenüber lebenslänglich Verurteilten in Russland am unmenschlichsten, was wahrscheinlich auf die entsprechende Kultur der Behandlung von lebenslänglich Verurteilten in der Russischen Föderation selbst zurückzuführen ist.“

6. Publikationsreihe von Human Rights Watch

Human Rights Watch untersucht und berichtet über Menschenrechtsverletzungen auf der ganzen Welt. Dieser Artikel analysiert eine Reihe von Veröffentlichungen auf der Website der Organisation,

die sich auf Menschenrechtsverletzungen in Haftanstalten in der Ukraine, einschließlich der besetzten Gebiete, konzentrieren.

6.1 Ukraine: Folter und Verschwindenlassen im besetzten Süden Mutmaßliche Kriegsverbrechen der russischen Streitkräfte in den Regionen Cherson und Saporischschja

In den besetzten Gebieten der Regionen Cherson und Saporischschja folterten russische Truppen Zivilisten, hielten sie illegal fest und verübten Akte des gewaltsamen Verschwindenlassens gegen sie, so Human Rights Watch in einer Erklärung. Russische Truppen folterten auch Kriegsgefangene, die in der Region festgehalten wurden.

Linktext des Dokuments:

<https://www.hrw.org/uk/news/2022/08/03/ukraine-torture-disappearances-occupied-south>
(Ukrainische Version)

<https://www.hrw.org/news/2022/07/22/ukraine-torture-disappearances-occupied-south> (Englische Version)

<https://www.hrw.org/de/news/2022/08/03/ukraine-folter-und-verschwindenlassen-im-besetzten-sueden> (Deutschsprachige Version)

In der Veröffentlichung heißt es u. a.:

„Die russischen Streitkräfte haben die besetzten Gebiete im Süden der Ukraine in einen Abgrund der Angst und der Gesetzlosigkeit verwandelt“, sagte Yulia Gorbunova, Senior-Researcherin zur Ukraine bei Human Rights Watch. „Folter, unmenschliche Behandlung sowie willkürliche Verhaftungen und die unrechtmäßige Inhaftierung von Zivilisten sind einige der mutmaßlichen Kriegsverbrechen, die wir dokumentiert haben, und die russischen Behörden müssen solche Missstände sofort beenden und verstehen, dass sie zur Rechenschaft gezogen werden können und werden.“

Human Rights Watch sprach mit 71 Menschen aus Cherson, Melitopol, Berdjansk, Skadowsk und zehn weiteren Städten und Gemeinden in den Regionen Cherson und Saporischschja. Sie schilderten 42 Fälle, in denen russische Besatzungstruppen Zivilist*innen entweder verschwinden ließen oder sie auf andere Weise willkürlich festhielten – in einigen Fällen in Isolationshaft. Viele von ihnen wurden gefoltert. Human Rights Watch dokumentierte auch drei Fälle der Folter von Angehörigen der Territorialverteidigung, die sich in Kriegsgefangenschaft befanden. Zwei von ihnen starben.

Ziel der Misshandlungen scheint zu sein, Informationen zu erhalten und Angst unter der Bevölkerung zu schüren, damit diese die Besatzung akzeptiert – schließlich versuche Russland, die Souveränität über das besetzte Gebiet unter Verletzung des Völkerrechts durchzusetzen, so Human Rights Watch.

6.2 Ukraine: Russische Truppen folterten Gefangene in Isjum Betroffene berichten von Schlägen, Elektroschocks und Waterboarding

Linktext des Dokuments:

<https://www.hrw.org/uk/news/2022/10/21/ukraine-russian-forces-tortured-izium-detainees>
(Ukrainische Version)

<https://www.hrw.org/news/2022/10/19/ukraine-russian-forces-tortured-izium-detainees>
(Englische Version)

<https://www.hrw.org/de/news/2022/10/19/ukraine-russische-truppen-folterten-gefangene-isjum>
(Deutschsprachige Version)

In der Veröffentlichung heißt es u. a.:

Russische Streitkräfte und andere Truppen unter ihrem Kommando haben während ihrer sechsmonatigen Besatzung von Isjum, einer ukrainischen Stadt in der nordöstlichen Region Charkiw, regelmäßig Gefangene gefoltert, so Human Rights Watch heute.

Betroffene berichteten von Elektroschocks, Waterboarding, brutalen Schlägen und Drohungen bei vorgehaltener Waffe und dass sie dazu gezwungen wurden, über lange Zeit in einer unangenehmen Position zu verharren. Sie berichteten von mindestens sieben Orten in der Stadt, inklusive zweier Schulen, wo sie ihren Aussagen zufolge von Militärangehörigen festgehalten und misshandelt wurden.

„Die brutale Gewalt und die Misshandlungen in Isjum geschahen nicht zufällig“, sagte Belkis Wille, leitende Researcherin der Abteilung Krisen und Konflikte bei Human Rights Watch. „Mehrere Überlebende teilten übereinstimmende Erlebnisse mit uns von Folter in Verhören, die in Gebäuden unter Kontrolle russischer Streitkräfte oder ihnen unterstehenden Truppen stattfanden, was auf eine geplante und zielgerichtete Vorgehensweise hindeutet.“

...

Die Festnahmen fanden zu Hause, auf der Straße oder auf einem Markt statt. Die Betroffenen wurden bis zu 14 Tage lang festgehalten. Alle Männer gaben an, mittels Elektroschocks oder Schlägen mit den Händen, mit Gewehrkolben, mit Metall- oder Kunststoffrohren, einem Schlauch und in einem Fall mit einem Sandsack am Ende eines Stocks misshandelt worden zu sein. Ein Mann wurde fünf Mal festgenommen und dabei jedes Mal mehrfach gefoltert.

Die Frau gab an, einen ganzen Tag lang festgehalten und dabei von Soldaten geohrfeigt und in den Bauch geschlagen worden zu sein. Zudem habe man ihr angedroht, sie zu vergewaltigen. Die Washington Post berichtete vom Fall einer anderen Frau, die offenbar zu einem anderen Zeitpunkt in denselben Räumlichkeiten festgehalten worden war und die angab, mehrmals vergewaltigt worden zu sein. Ein Mann, der zur selben Zeit dort festgehalten wurde, berichtete davon, Schreie von Frauen sowie Gespräche von Soldaten gehört zu haben, die von sexueller Gewalt gegen mindestens eine gefangene Person erzählten.

6.3 Ukraine: Russisches Folterzentrum in Cherson Unrechtmäßige Inhaftierung und Folter von Zivilist*innen während 8-monatiger Besatzung

Linktext des Dokuments:

<https://www.hrw.org/uk/news/2023/04/13/ukraine-russian-torture-center-kherson> (Ukrainische Version)

<https://www.hrw.org/news/2023/04/13/ukraine-russian-torture-center-kherson> (Englische Version)

<https://www.hrw.org/de/news/2023/04/13/ukraine-russian-torture-center-kherson> (Deutschsprachige Version)

In der Veröffentlichung heißt es u. a.:

Es sind neue Beweise dafür aufgetaucht, dass russische Streitkräfte während ihrer Besetzung des Gebiets zwischen März und November 2022 Menschen in einem Folterzentrum und in anderen Einrichtungen in Cherson und Umgebung unrechtmäßig festgehalten und gefoltert haben.

Es ist ein Kriegsverbrechen, Zivilpersonen oder gefangene Kombattanten vorsätzlich zu misshandeln, zu foltern oder zu töten, ihnen vorsätzlich großes Leid oder schwere Verletzungen zuzufügen oder sie unrechtmäßig zu verschleppen oder zu verlegen.

Die Verantwortlichen für diese schrecklichen Taten sollten nicht ungestraft bleiben, und die Opfer und ihre Familien müssen für ihr Leid entschädigt werden und Informationen über ihre Angehörigen erhalten, die noch als vermisst gelten.

Russische Streitkräfte haben während ihrer Besetzung der Stadt Cherson und der Umgebung zwischen März und November 2022 Einwohner*innen unrechtmäßig inhaftiert und gefoltert, so Human Rights Watch.

Die Opfer und ihre Familienangehörigen berichteten Human Rights Watch von Folter und anderen Misshandlungen in einem Untersuchungsgefängnis in der Teploenerhetykiv-Straße in Cherson, das von den Anwohner innen als „Loch“ bezeichnet wurde, sowie in einer Haftanstalt in der Perekopska-Straße und in behelfsmäßigen Einrichtungen im Gebäude der Stadtverwaltung, in einer Dorfschule und einem Flughafenhanger. Ehemalige Gefangene berichteten durchweg von ähnlichen Formen der Misshandlung, darunter schwere Schläge mit Stöcken und Gummiknüppeln, Elektroschocks, Drohungen, verstümmelt oder getötet zu werden, sowie das erzwungene Verharren in schmerzhaften Positionen. Die Gefangenen erhielten keine angemessene medizinische Versorgung.

„Die russischen Besatzungstruppen haben im Folterzentrum in der Teploenerhetykiv-Straße und in zahlreichen anderen Haftanstalten Einwohner*innen von Cherson brutal gefoltert und misshandelt“, sagte Yulia Gorbunova, leitende Ukraine-Forscherin bei Human Rights Watch. „Die Verantwortlichen für diese schrecklichen Taten dürfen nicht ungestraft bleiben, und die Opfer und ihre Familien müssen für ihr Leid entschädigt werden und Informationen über ihre Angehörigen erhalten, die noch als vermisst gelten.“

Human Rights Watch befragte 34 Personen zu den Misshandlungen von Zivilist innen während der russischen Besetzung der Region Khersonska vom 2. März 2022 bis zum Abzug der russischen Streitkräfte aus einem Großteil des Gebiets am 11. November. Zwölf ehemalige Gefangene und 10 Familienangehörige berichteten, dass sie gefoltert wurden oder die Folterung anderer Gefangener miterlebten, die in drei gemeldeten Fällen zu deren Tod führte. Diese Gespräche über Folter folgten auf Dutzende Interviews, die Human Rights Watch mit Bewohner innen der Region Cherson in den ersten Monaten der Besetzung für einen Bericht vom Juli 2022 geführt hat.

7. Abschiebung aus Sozialhaftanstalten in das Hoheitsgebiet der Russischen Föderation. Hauptprobleme und Lösungen.

Der analytische Vermerk wurde von der NRO „Ukraine ohne Folter“ erstellt und enthält Informationen über die abgeschlossene und laufende Deportation von Bewohnern von Sozialgefängnissen aus den von der Russischen Föderation besetzten Gebieten der Ukraine.

Linktext des Dokuments:

<https://notorture.org.ua/article/973> (Ukrainische Version)

Am 24.02.2022 befanden sich 2161 Personen in sozialen Haftanstalten in den Regionen Saporischschja, Cherson, Donezk und Luhansk, in psychoneurologischen Internaten und Pflegeheimen und könnten in das Gebiet der Russischen Föderation abgeschoben oder illegal vertrieben werden, wobei diese Zahl noch viel höher sein könnte.

Menschen, die sich in den besetzten Gebieten der Ukraine in sozialen Haftanstalten befinden, sind eine äußerst gefährdete Personengruppe, von denen die meisten nicht für sich selbst sorgen können und Hilfe von außen benötigen. Deshalb ist es wichtig, mehr über diese Kategorie von Menschen zu sprechen, die auch von den russischen Streitkräften illegal nach Russland gebracht oder abgeschoben werden.

So erklärte die regionale Militärverwaltung von Donezk: „Im Rahmen der aktiven Feindseligkeiten brachte die Verwaltung der städtischen Einrichtung ‚Mariupol Pflegeheim für ältere und behinderte Menschen Nr. 2‘ am 24.03.-26.03.2022 88 Bewohner in das Dorf Jurijiwka, Bezirk Mariupol, zur weiteren Evakuierung in sicherere Regionen des Landes. Die Besatzungsbehörden verlegten sie jedoch leider in die Stadt Donezk. Das Schicksal von 71 Bewohnern des Mariupoler Pflegeheims für ältere und behinderte Menschen Nr. 1 ist derzeit unbekannt. Der Verbleib der Leitung und des Personals der Einrichtung ist unbekannt, es gibt keine Kommunikation. Es gibt keine Informationen über den Zustand der Einrichtung“. Nach Angaben des Sicherheitsdienstes der Ukraine in den Regionen Donezk und Luhansk wurde am 17.10.2024 ein Strafverfahren wegen der Zwangsabschiebung von Mündeln aus sozialen Einrichtungen in der Region Donezk gemäß Artikel 438 des Strafgesetzbuches der Ukraine eingeleitet (nach Angaben des Sicherheitsdienstes der Ukraine in den Regionen Donezk und Luhansk).

Hier sind einige Beispiele aus den Medien über die Abschiebung von Klienten aus sozialen Einrichtungen. Aus offenen Quellen (Massenmedien) erfuhren wir, dass einige Klienten aus dem Heim Oleshky (Region Cherson) nach Penza, in das „Louis-Viertel“, und andere Klienten aus dem psychoneurologischen Heim Kairo in die Region Wolgograd deportiert wurden.

Das russische Katastrophenschutzministerium bezeichnete den Abtransport der Patienten aus der Region Cherson als „Evakuierung“. „Insgesamt wurden 208 Patienten auf das Territorium der Krim gebracht, die mit dem Zug in das Gebiet Krasnodar und die Region Wolgograd gebracht werden“, sagte Dmytro Jerschow, ein Vertreter der Abteilung für Informationspolitik des russischen Katastrophenschutzministeriums, im November. Nach Angaben vom 22. Januar 2024 wurden 17 Kinder mit Behinderungen aus der vorübergehend besetzten Region Donezk von den Besatzern unter dem Vorwand der medizinischen Versorgung in eine Rehabilitationseinrichtung in der Nähe von Moskau gebracht. Dies wurde von der russischen Präsidialbeauftragten für Kinderrechte Mariia Lvova-Bielova ermöglicht, wie Dmytro Lubinets, der Menschenrechtsbeauftragte des ukrainischen Parlaments, berichtet.

Trotz der Schwere dieses Verbrechens macht Russland keinen Hehl daraus, dass es dieses Verbrechen begeht, indem es den Begriff „Evakuierung“ durch „Deportation“ ersetzt und in seinen Medien massiv darüber berichtet, wobei es betont, dass es (älteren Menschen, Kindern mit

Behinderungen und anderen Kategorien von Menschen) hilft. Auch die russische Propaganda wird den Menschen massiv aufgezwungen.

Zu den Problemen, die NROs und ukrainische Behörden bei der Rückführung dieser Personen haben, gehören

1. die Suche nach solchen Personen, die von Verwandten der Abgeschobenen auf eigene Faust in die Russische Föderation abgeschoben wurden;
2. Erzwungene Passportierung und langes Warten auf Dokumente für die Ausreise aus dem Gebiet der Russischen Föderation
3. die Verlegung in verschiedene Regionen Russlands, was die Suche nach den von Russland abgeschobenen Angehörigen erschwert;
4. die Verwaltung der Einrichtung, in die eine Person abgeschoben wurde, kann sich weigern, ihr die freiwillige Ausreise zu gestatten;
5. Filterung von Personen, die das Hoheitsgebiet der Russischen Föderation verlassen wollen, sowie mögliche Verhöre durch russische Strafverfolgungsbehörden, was wiederum dazu führen kann, dass die Menschen Angst haben und das Hoheitsgebiet der Russischen Föderation verlassen wollen;
6. Mangel an persönlichen Mitteln oder anderen Ressourcen für die Rückkehr (einige haben festgestellt, dass die russischen Streitkräfte Geldmittel und ukrainische Pässe wegnehmen - Informationen aus den Medien) und andere

8. Bericht der unabhängigen internationalen Untersuchungskommission zu den Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine

Der Bericht der Unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission zu den Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine, die gemäß der Resolution 49/1 des UN-Menschenrechtsrates eingesetzt wurde, wurde während ihrer zweiundfünfzigsten Sitzung vom 27. Februar bis 31. März 2023 vorgelegt. In diesem Bericht fasst die Kommission die wichtigsten Ergebnisse ihrer Arbeit seit Beginn ihres Mandats zusammen. Die gesammelten Beweise deuten darauf hin, dass die russischen Behörden in vielen Regionen der Ukraine und in der Russischen Föderation zahlreiche Verstöße gegen die internationalen Menschenrechtsnormen und das humanitäre Völkerrecht begangen haben. Viele dieser Verstöße kommen Kriegsverbrechen gleich und umfassen vorsätzliche Tötungen, Angriffe auf Zivilisten, rechtswidrige Freiheitsberaubung, Folter, Vergewaltigung, Zwangsumsiedlung und Deportation von Kindern.

Linktext des Dokuments:

https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/coiukraine/A_HRC_52_62_UA.pdf (Übersetzung ins Ukrainische der unbearbeiteten Kopie des Signals vom 15. März 2023)

<https://docs.un.org/en/A/HRC/52/62> (Englischsprachige Originalfassung des Berichts vom 25. September 2023)

In Abschnitt IV Verstöße gegen das Völkerrecht stellt die Kommission Folgendes fest:

71. Die Kommission stellte fest, dass die russischen Behörden in der Ukraine in den Regionen Tschernihiw, Donezk, Charkiw, Cherson, Kyjiw, Sumy und Saporischschja sowie in der Russischen Föderation in großem Umfang und systematisch Menschen gefoltert und misshandelt haben, die von ihnen festgehalten wurden. Die Folter war in Bezug auf bestimmte Personengruppen weit verbreitet. Die meisten Opfer waren Männer; gefoltert wurden sowohl Zivilisten als auch Kriegsgefangene. Als die russischen Behörden die Kontrolle über bestimmte Gebiete übernahmen, stellte die Kommission fest, dass in den von den russischen Behörden in verschiedenen Regionen der Ukraine eingerichteten Hafteinrichtungen systematisch unterschiedlichste, aber ähnliche Foltermethoden angewandt wurden.

72. Besonders brutale Folter wurde gegen derzeitige oder ehemalige Angehörige der ukrainischen Streitkräfte und Personen, die mit ihnen in Verbindung stehen, einschließlich ihrer Angehörigen, angewandt. Zu den Folteropfern gehörten auch lokale Beamte, Vollzugsbeamte, Mitarbeiter des Kernkraftwerks Saporischschja und Zivilisten mit pro-ukrainischen Ansichten.

73. Folter wurde eingesetzt, um Informationen über die ukrainischen Streitkräfte zu erhalten, Geständnisse zu erpressen, die Opfer zur Zusammenarbeit zu zwingen oder sie zu bestrafen. Die Folter war in der Regel mit einem längeren Verhör verbunden. Die Opfer wurden häufig gefesselt oder mit Handschellen versehen, ihre Füße wurden gefesselt, ihre Augen wurden mit einer Kapuze abgedeckt oder mit Klebeband verbunden, und sie wurden in Säcke gesteckt oder ihnen wurden Dinge über den Kopf gezogen. Nach Angaben einiger ehemaliger Häftlinge wurden sie von den russischen Behörden als „Nazis“, „Faschisten“ und „Terroristen“ beschimpft und gezwungen, sich „Entnazifizierungssitzungen“ zu unterziehen, die aus schweren Schlägen bestanden.

74. Die Angreifer fügten den Opfern schwere körperliche und seelische Schmerzen und Leiden zu. In den ersten Wochen des bewaffneten Konflikts berichteten die Opfer, dass sie in provisorischen Hafteinrichtungen in der Ukraine mit Gewehrkolben oder Schlagstöcken geschlagen, mit Elektroschockern betäubt, vergewaltigt und über lange Zeit in der Kälte ausgesetzt wurden. In einigen Fällen folgten auf die Folter Hinrichtungen.

75. Weitere Foltermethoden wurden in Gebieten, die langfristig unter russischer Kontrolle standen, und in dauerhafteren Hafteinrichtungen angewandt. Eine dieser Methoden waren Elektroschocks mit Hilfe eines als „Tapik“ bekannten Militärtelefons, das mit einem Stromkabel verbunden war, an dem Klemmen an den Beinen, Fingern oder Genitalien der Männer befestigt waren. Die Angreifer nannten dies den „Lenin-Anruf“ oder „Putin-Anruf“. Zu den weiteren Methoden gehörten das Aufhängen von Häftlingen an der Decke mit gefesselten Händen - die „Papageienstellung“ -, das Strangulieren mit Kabeln, das Erstickten mit Plastiktüten oder Gasmasken, Vergewaltigungen und andere sexuelle Gewalt. Die Opfer wurden Zeugen des Todes von Mitgefangenen nach brutaler Folter.

76. In der Russischen Föderation begann die Inhaftierung manchmal mit einem brutalen „Aufnahmeverfahren“. Die Opfer berichteten, dass sie mit Elektroschockern geschockt, mit Schlagstöcken geschlagen, mit Plastiktüten erstickt und zur Nacktheit vor anderen gezwungen wurden (siehe Ziffer 81). Ein ehemaliger Häftling wurde als „Strafe dafür, dass er Ukrainisch sprach“ und „sich nicht an den Text der russischen Nationalhymne erinnern konnte“ geschlagen. Eine Frau sagte, dass sie durch die Schläge mehrmals das Bewusstsein verlor, aber die Täter weckten sie auf, um sie weiter zu schlagen.

77. Auf der Grundlage der dokumentierten Fälle kam die Kommission zu dem Schluss, dass die russischen Behörden Folter und grausame und unmenschliche Behandlung angewandt haben, was ein Kriegsverbrechen und einen Verstoß gegen das Verbot von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe darstellt. Die gezielte Ansprache bestimmter Personengruppen und die konsequente Anwendung derselben Foltermethoden in mehreren von den russischen Behörden kontrollierten Regionen der Ukraine über einen langen Zeitraum hinweg veranlassten die Kommission zu dem Schluss, dass die russischen Behörden systematisch und in großem Umfang Folter anwendeten. Diese Umstände, einschließlich der Elemente der Planung und der verfügbaren Ressourcen, deuten darauf hin, dass die russischen Behörden möglicherweise Folterungen im Sinne von Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben. Die Kommission empfiehlt, weitere Untersuchungen durchzuführen, um festzustellen, ob die von den russischen Behörden in Haftanstalten in der Ukraine begangenen Folterungen und die Folterung von aus der Ukraine in die Russische Föderation abgeschobenen Häftlingen zur Unterstützung einer bestimmten Politik in diesem Bereich eingesetzt wurden.

Der Bericht schließt mit den folgenden Empfehlungen:

112. Die Kommission empfiehlt den Parteien dieses Konflikts:

(a) Alle Verpflichtungen aus den einschlägigen Verträgen und dem Völkergewohnheitsrecht in Bezug auf das humanitäre Völkerrecht, die internationalen Menschenrechtsnormen und das internationale Strafrecht zu respektieren und ihre Einhaltung zu gewährleisten;

(b) Alle Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht zu erfüllen, einschließlich der Führung genauer Aufzeichnungen über alle Personen, die sich unter der Kontrolle der jeweiligen Partei befinden, und auf dieser Grundlage einschlägige Informationen auszutauschen;

(c) Gewährleistung des ungehinderten Zugangs für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, damit es seine Arbeit im Einklang mit seinem völkerrechtlichen Mandat verrichten kann;

(d) Schutz und Achtung des für humanitäre Maßnahmen vorgesehenen Raums vor Desinformation, Politisierung und Polarisierung;

(e) Ergreifung aller möglichen Maßnahmen im Einklang mit den internationalen Standards, um alle vermissten Personen und Opfer des gewaltsamen Verschwindens - Frauen, Männer, Mädchen und

Jungen - ausfindig zu machen, ihr Schicksal zu klären und den Kontakt mit ihren Familien sicherzustellen;

(f) Gewährleistung rechtzeitiger, wirksamer, gründlicher, unabhängiger, unparteiischer und transparenter Ermittlungen und Strafverfolgungen bei allen Anschuldigungen wegen internationaler Verbrechen, Verstößen gegen die internationalen Menschenrechtsnormen und das humanitäre Völkerrecht, einschließlich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt und Gewalt gegen Kinder;

(g) Alle Täter im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsstandards vor Gericht stellen;

(h) Alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das Recht aller Opfer auf Wahrheit verwirklicht wird und dass sie letztendlich Wiedergutmachung und Abhilfe, einschließlich Entschädigung und Rehabilitation, erhalten können;

(i) Ratifizierung internationaler Instrumente, denen sie noch nicht beigetreten sind und die den Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten verbessern werden.

113. Die Kommission empfiehlt der Russischen Föderation, unverzüglich:

(a) Beendigung der Aggression und aller Gewaltakte gegen die Zivilbevölkerung, die gegen die geltenden internationalen Menschenrechtsnormen und das humanitäre Völkerrecht verstoßen, sowie Einstellung der Folter und anderer Formen der Misshandlung, einschließlich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt;

(b) Alle möglichen Vorsichtsmaßnahmen ergreifen, um die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur zu schützen und massive Angriffe auf die Energieinfrastruktur der Ukraine zu unterbinden;

(c) Bereitstellung zuverlässiger und umfassender Informationen über die Zahl und den Aufenthaltsort aller Kinder, die innerhalb der Ukraine vertrieben oder aus irgendeinem Grund aus der Ukraine in die Russische Föderation abgeschoben wurden; Erleichterung einer wirksamen Kommunikation zwischen den Kindern und ihren Familien und unverzügliche und aktive Einleitung des Prozesses ihrer Rückkehr in die Ukraine im Einklang mit ihren Interessen und internationalen Verpflichtungen und mit der technischen Unterstützung internationaler Organisationen; Verhinderung jeder weiteren Zwangsvertreibung von Kindern.

(d) Freilassung oder Rückführung aller ukrainischen Zivilisten, die in die Russische Föderation deportiert wurden und dort als Folge des bewaffneten Konflikts festgehalten werden, in die Ukraine.

114. Die Kommission empfiehlt der Russischen Föderation außerdem:

(a) Sicherstellen, dass alle Täter zur Rechenschaft gezogen werden, einschließlich der Befehlshaber und anderer Verantwortlicher sowie derjenigen, die die Begehung internationaler Verbrechen befohlen, gefordert oder angestiftet haben;

(b) Die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Begehung solcher Verstöße und Verbrechen zu verhindern, insbesondere durch klare Anweisungen an alle Teile der Streitkräfte und andere an diesem bewaffneten Konflikt beteiligte Gruppen, um sicherzustellen, dass die militärische Disziplin und die Achtung der internationalen Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts sowie der Grundsatz der Befehlsverantwortung aufrechterhalten werden;

(c) Den Einsatz privater Militär- und Sicherheitsunternehmen in diesem Konflikt einschränken, da die Erfahrung zeigt, dass sie einerseits außerhalb der formalen Befehlskette stehen und andererseits einen starken Anreiz haben, miteinander und mit den regulären Truppen zu konkurrieren, häufig gegen das Völkerrecht verstoßen und im Allgemeinen weniger rechenschaftspflichtig sind als reguläre Truppen;

(d) Das für die besetzten Gebiete geltende humanitäre Völkerrecht zu achten und keine Hindernisse für die Bereitstellung humanitärer Hilfe in diesen Gebieten zu schaffen;

(e) Uneingeschränkte Zusammenarbeit mit allen internationalen Überwachungs- und Ermittlungsbehörden.

115. Die Kommission empfiehlt der Ukraine:

(a) Als erster Schritt zur Umsetzung eines umfassenden Wiedergutmachungsprogramms Einrichtung eines Opferregisters, das als „institutionelles Portal“ für eine bessere Koordinierung der den Opfern zur Verfügung stehenden staatlichen Dienstleistungen dienen soll;

(b) Im Rahmen des laufenden Arbeitsplans zur Priorisierung eines multisektoralen Programms für psychische Gesundheit und psychosoziale Unterstützung sollten die aus dem bewaffneten Konflikt resultierenden Bedürfnisse im Bereich der psychischen Gesundheit und der psychosozialen Betreuung umfassend angegangen werden, indem Fragen des Zugangs zu den einschlägigen Diensten und der Ressourcenzuteilung geklärt und die institutionelle Koordinierung, der Rechtsrahmen sowie die Überwachung und Bewertung dieser Dienste gestärkt werden.;

(c) Harmonisierung der Rechtsvorschriften über Kriegsverbrechen in den Bereichen, in denen sie nicht den internationalen Standards entsprechen, und Änderung des nationalen Strafgesetzbuchs zur Klärung der Definition von „Kollaboration“, um Rechtsunsicherheit und Schäden für den sozialen Zusammenhalt zu vermeiden;

(d) Angesichts der enormen Arbeitsbelastung und der begrenzten Ressourcen eine Ermittlungs- und Strafverfolgungsstrategie entwickeln, die auf der Grundlage klarer Kriterien Prioritäten setzt und ein ordnungsgemäßes Verfahren sowie eine transparente Überwachung gewährleistet.

116. Die Kommission spricht Empfehlungen an andere Staaten sowie regionale und internationale Organisationen aus:

(a) Stärkung nationaler, regionaler und internationaler Mechanismen der Rechenschaftspflicht (sowohl gerichtliche als auch außergerichtliche), u.a. durch Verbesserung ihrer Koordinierung und Unterstützung der wirksamen Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Gemeinschaften, die Opfer und Überlebende vertreten;

(b) Sicherstellung, dass die Menschenrechtsaspekte des bewaffneten Konflikts in der Ukraine in vollem Umfang auf die Tagesordnung des Sicherheitsrats gesetzt werden.

9. Berichte des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte

Seit Beginn der umfassenden Invasion hat das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte eine Reihe von Berichten über die Menschenrechtslage in der Ukraine, insbesondere im Zusammenhang mit der bewaffneten Aggression, erstellt. In diesem Dokument werden nur 3 Dokumente analysiert, die die Frage der Folter in Haftanstalten behandeln.

9.1. Bericht über die Menschenrechtslage in der Ukraine

Der fünfunddreißigste Bericht des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte vom 24. März 2023 über die Menschenrechtslage in der Ukraine bezieht sich auf den Zeitraum vom 1. August 2022 bis zum 31. Januar 2023 und stützt sich auf die Arbeit der Menschenrechtsbeobachtungsmission der Vereinten Nationen in der Ukraine.

Linktext des Dokuments:

<https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/countries/ukraine/2023/23-03-24-Ukraine-35th-periodic-report-UA.pdf> (Ukrainische Version)

<https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/countries/ukraine/2023/23-03-24-Ukraine-35th-periodic-report-ENG.pdf> (Englische Version)

In dem Bericht heißt es:

50. Während des Berichtszeitraums befragte OHCHR 89 Personen nach ihrer Entlassung aus der Haft und erhielt zusätzliche Informationen von Angehörigen über ihre Behandlung in der Haft. 91 Prozent dieser Personen (93 Prozent der Männer, 79 Prozent der Frauen und 100 Prozent der Jungen) berichteten über Handlungen, die Folter und Misshandlung in der Haft gleichkommen. Berichten zufolge folterten oder misshandelten Angehörige der Streitkräfte der Russischen Föderation und des russischen Föderalen Sicherheitsdienstes die Opfer, um sie zu zwingen, zu gestehen, dass sie die ukrainischen Streitkräfte unterstützen, um sie zur Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden zu zwingen oder um diejenigen einzuschüchtern, die pro-ukrainische Ansichten vertreten. Die Opfer berichteten, dass die Gefängniswärter sie mit Fäusten, Knüppeln und Gewehrkolben schlugen, mit Messern auf sie einstachen, ihnen drohten, ihnen in Arme und Beine zu schießen, sie zu verstümmeln oder hinzurichten, sie am Schlafen hinderten, sie Minusgraden aussetzten, manchmal, indem sie sie zuerst mit Wasser übergossen, sie mit Elektroschocks folterten und Scheinhinrichtungen oder sexuelle Gewalt ausübten, einschließlich der Androhung von Vergewaltigungen und der absichtlichen Anwendung von Gewalt oder Elektroschocks an ihren Genitalien.

55. Während der russischen Besetzung von Teilen der Regionen Cherson und Charkiw, die die ukrainischen Streitkräfte im Berichtszeitraum wieder unter ihre Kontrolle brachten, dokumentierte das OHCHR 177 Fälle von gewaltsamem Verschwindenlassen und willkürlicher Inhaftierung (159 Männer, 17 Frauen und 1 Junge). Das OHCHR hat auch einen Trend zur willkürlichen Inhaftierung an inoffiziellen Orten dokumentiert und 35 Orte identifiziert, die zur Inhaftierung von Zivilisten in den oben genannten Gebieten genutzt werden. Dazu gehörten Gebäude der Strafverfolgungsbehörden (die häufig mit vorübergehenden Haftzellen ausgestattet waren) sowie Industrie- oder Zivilgebäude, in denen die Streitkräfte der Russischen Föderation und damit verbundene bewaffnete Gruppen stationiert waren. So dokumentierte das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte einen Fall, in dem zwei Frauen und ein Mann von den Streitkräften der Russischen Föderation willkürlich in einer Polizeistation in Balaklija (Region Charkiw) festgehalten wurden. Die Streitkräfte und Strafverfolgungsbehörden der Russischen Föderation hielten die Opfer offenbar wegen ihrer pro-ukrainischen Ansichten fest. Die Opfer berichteten, dass sie und andere Festgenommene gefoltert und misshandelt wurden. Ein Mann wurde dreimal von russischen Soldaten und föderalen

Sicherheitsbeamten verhört, schwer geschlagen und mit Elektroschocks gefoltert, wobei ein TA-57 (ein militärisches Feldtelefon, gemeinhin als „Tapik“ bekannt) verwendet wurde, um ihn zu zwingen, zu gestehen, dass er den ukrainischen Streitkräften Informationen geliefert hatte. Die beiden Frauen wurden zwar nicht körperlich misshandelt, litten aber unter schweren psychischen Problemen, weil sie hörten und sahen, wie andere Gefangene gefoltert wurden, z. B. eine Frau in ihrer Zelle, die Folterspuren aufwies und ihnen erzählte, was mit ihr geschehen war. Alle drei Opfer wurden Mitte August freigelassen und an die Frontlinie gebracht, wo sie gezwungen wurden, in das von der Regierung kontrollierte Gebiet zu gehen. In der Region Kherson dokumentierte OHCHR das gewaltsame Verschwinden eines lokalen Regierungsbeamten, der Mitte August von sechs föderalen Sicherheitsbeamten verhaftet und im Gebäude des örtlichen Gerichts in Bilozerka²³ festgehalten wurde. Während seiner viertägigen Haft schlugen ihn Beamte der föderalen Sicherheitskräfte täglich und folterten ihn mit Elektroschocks, die jedes Mal bis zu zwei Stunden dauerten. Er wurde beschuldigt, ein „Nazi“ zu sein, weil er sich weigerte, mit den Besatzungsbehörden zusammenzuarbeiten. Am fünften Tag handelte der Häftling seine Freilassung aus, indem er versprach, unter Zwang zu kooperieren, woraufhin ihm die Flucht gelang.

9.2. Inhaftierung von Zivilisten im Zusammenhang mit dem bewaffneten Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine

Der vorliegende Bericht vom 27. Juni 2023 befasst sich mit der Inhaftierung von Zivilisten im Zusammenhang mit dem bewaffneten Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine. Der Bericht deckt den Zeitraum vom 24. Februar 2022 bis zum 23. Mai 2023 ab und stützt sich auf die Erkenntnisse der UN-Menschenrechtsbeobachtungsmission in der Ukraine.

Linktext des Dokuments:

<https://ukraine.un.org/sites/default/files/2024-06/2023-06-27-Ukraine-thematic-report-detention-UKR.pdf> (Ukrainische Version)

https://ukraine.un.org/sites/default/files/2024-06/2023-06-27-Ukraine-thematic-report-detention-ENG_0.pdf (Englische Version)

In dem Bericht heißt es:

88. Das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte ist sehr besorgt über die weit verbreitete Praxis der Folter und Misshandlung durch die Streitkräfte, Strafverfolgungs- und Strafvollzugsbehörden der Russischen Föderation. Folter und Misshandlung wurden eingesetzt, um die Opfer zu zwingen, zu gestehen, dass sie den ukrainischen Streitkräften geholfen haben, um sie zur Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden zu zwingen oder um Personen mit pro-ukrainischen Ansichten einzuschüchtern. Die Täter wendeten Folter- oder Misshandlungsmethoden an wie Schläge mit Händen und Füßen, Messerstiche, Einführen scharfer Gegenstände unter die Nägel, Schläge mit Knüppeln und Gewehrkolben, Ersticken, Waterboarding (simuliertes Ertrinken), Elektroschocks, längeres Ausgesetztsein in unbequemen Positionen, langes Ausharren bei niedrigen Temperaturen oder Unterbringung in einem Metallschrank ohne Luftzugang⁸⁵, Entzug von Wasser und Nahrung, Scheinhinrichtungen oder Androhung von Hinrichtungen. Konflikthäftlinge waren auch so genannten „Empfangs-“ oder „Begrüßungs“-Schlägen sowie unprovzierten Gruppenschlägen bei der Zellenkontrolle, beim Duschen, beim Gang zur Kantine, zur Krankenstation oder auf den Gehwegen ausgesetzt.

90. Das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte dokumentierte zahlreiche Verstöße gegen die Haftbedingungen, darunter Überbelegung, Mangel an angemessener

Nahrung, Wasser, medizinischer Versorgung und sanitären Bedingungen sowie Inhaftierung in Räumen mit niedrigen Temperaturen. Besonders schlimm war die Situation in behelfsmäßigen Hafteinrichtungen, wo Frauen und Männer in der Regel gemeinsam festgehalten wurden. Das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte ist zutiefst besorgt darüber, dass an vielen Haftorten unter der Kontrolle der Russischen Föderation so entsetzliche Bedingungen herrschten, dass eine Inhaftierung unter solchen Bedingungen an sich schon der Folter oder Misshandlung gleichkommen könnte. Darüber hinaus wurden die Gefangenen häufig in Isolationshaft gehalten, was ebenfalls eine Verletzung ihrer Rechte darstellt. Das Fehlen von Informationen über den Verbleib und das Schicksal von Verwandten verursachte bei den Familien großes Leid, da sie weiterhin nach Informationen über die Opfer suchten, die sie finden konnten.

9.3. Behandlung von Kriegsgefangenen und aktueller Stand der Menschenrechtslage in der Ukraine

Der vierzigste regelmäßige Bericht des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte vom 1. Oktober 2024 beschreibt die wichtigsten Menschenrechtsentwicklungen in der Ukraine für den Zeitraum vom 1. Juni bis 31. August 2024. Darüber hinaus enthält der Bericht die Erkenntnisse des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte über das Ausmaß der Folter und Misshandlung von Kriegsgefangenen seit dem vollständigen Einmarsch der russischen Streitkräfte in die Ukraine am 24. Februar 2022.

Linktext des Dokuments:

<https://ukraine.ohchr.org/sites/default/files/2024-11/Ukraine-OHCHR-40th-periodic-report-UA.pdf> (Ukrainische Version)

<https://ukraine.ohchr.org/sites/default/files/2024-10/2024-10-01%20OHCHR%2040th%20periodic%20report%20on%20Ukraine.pdf> (Englische Version)

In dem Bericht heißt es:

96. Viele der neu dokumentierten Fälle ereigneten sich in den Jahren 2022 und 2023 und bestätigten zuvor gemeldete Trends. So berichteten beispielsweise zwei im Mai 2024 freigelassene Zivilistinnen über zahlreiche Verstöße gegen ein ordnungsgemäßes Verfahren, nachdem sie im Juni und Dezember 2022 von den russischen Behörden inhaftiert worden waren. Das Wachpersonal in der Untersuchungshaftanstalt schlug sie mit Schlagstöcken und Elektroschockern als Strafe für angebliche Disziplinarverstöße. Sie berichteten auch, dass sie in der Haft nicht angemessen medizinisch versorgt wurden. In einem anderen Fall setzten die Besatzungsbehörden in Cherson einen männlichen Häftling nach seiner Festnahme im September 2022 wiederholt Schlägen, Erstickung, Waterboarding, Elektroschocks, auch an den Genitalien, und Drohungen mit Kastration aus. Außerdem vergewaltigten sie den Mann anal mit einem Metallgegenstand und versetzten ihm Elektroschocks an Anus und Genitalien.

99. Insgesamt hat das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte seit dem 24. Februar 2022 die willkürliche Hinrichtung von 168 Zivilisten (140 Männer, 23 Frauen, 3 Jungen und 2 Mädchen) in dem von den russischen bewaffneten Gruppen kontrollierten Gebiet, einschließlich in Haftanstalten, bestätigt.

10. Bericht der OSZE-Expertenmission im Rahmen des Moskauer Mechanismus über Verletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit der willkürlichen Freiheitsberaubung der Zivilbevölkerung der Ukraine durch die Russische Föderation

Dieser Bericht vom 19. April 2024 enthält eine Analyse des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte, der Kriegsverbrechen und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit der willkürlichen Freiheitsberaubung ukrainischer Bürger durch die Russische Föderation. Das Dokument enthält auch Informationen über die Maßnahmen, die die Ukraine ergriffen hat oder zu ergreifen gedenkt, um auf diese Verstöße zu reagieren.

Linktext des Dokuments:

https://www.osce.org/files/f/documents/5/2/568018_0.pdf (Ukrainische Version)

https://www.osce.org/files/f/documents/f/4/567367_0.pdf (Englische Version)

In dem Bericht heißt es:

Zwar muss jeder Fall einzeln untersucht und bewertet werden, doch deuten die gesammelten Informationen und die bei der Mission eingegangenen Zeugenaussagen eindeutig darauf hin, dass die russischen Behörden in großem Umfang und systematisch Folter gegen inhaftierte ukrainische Zivilisten angewandt haben. Diese Ansicht wird von anderen internationalen Mandaten geteilt, darunter das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte und das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte. Auch die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission zu den Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine kam kürzlich zu dem Schluss, dass die Anwendung von Folter gegen inhaftierte ukrainische Bürger, einschließlich Zivilisten, weit verbreitet ist und systematisch erfolgt. Die UN-Sonderberichterstatterin kam nach ihrem Besuch in der Ukraine im Jahr 2023 nicht nur zu dem Schluss, dass die Folterpraxis der russischen Behörden gegenüber ukrainischen Häftlingen, einschließlich Zivilisten, weit verbreitet und systematisch ist, sondern stellte sogar fest, dass „die bewaffnete Aggression Russlands zum Synonym für Folter und andere unmenschliche Grausamkeiten wird“. Folter kann nicht nur durch die Zufügung schwerer körperlicher und seelischer Schmerzen und Leiden während und nach der Inhaftierung erfolgen, sondern auch durch die entsetzlichsten Haftbedingungen, den Entzug von Nahrung, Wasser und sanitären Einrichtungen, die Isolationshaft und in vielen Fällen durch das Verschwindenlassen von Personen. In den folgenden Abschnitten werden wir auf jedes dieser Phänomene näher eingehen.

Die von der Mission gesammelten Informationen und erhaltenen Zeugenaussagen deuten auch darauf hin, dass in der überwiegenden Mehrheit der Fälle in der Phase unmittelbar nach der Festnahme extreme Misshandlungen von inhaftierten ukrainischen Zivilisten vorherrschten. Die Opfer und ihre Angehörigen berichteten von endlosen Demütigungen, Anschreien und Einschüchterungen, Schlägen, Tritten und Prügeln, einschließlich Schlägen mit verschiedenen Gegenständen, Elektroschocks, Abschneiden von Fingern, sexueller Gewalt und Vergewaltigung und anschließender Verweigerung medizinischer Versorgung, wobei die Opfer in der Regel in einer kalten, dunklen Zelle zurückgelassen wurden. Die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission für Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine stellt fest, dass „Folter während der Inhaftierung eingesetzt wurde, um Informationen über die ukrainischen Streitkräfte und die mit ihnen kollaborierenden Personen zu erhalten. Die Täter wandten Foltermethoden an, die die Kommission in ihren früheren Berichten beschrieben hat, darunter Schläge mit verschiedenen Instrumenten und der Einsatz von Elektroschockern und sogenannten Tasern. Die Mission sammelte zwar einige Informationen und erhielt Zeugenaussagen über Verhaftungen und Folterungen aus finanziellen Gründen, doch in der überwiegenden Mehrheit der Fälle

bestand der Hauptzweck dieser Behandlung offenbar darin, Geständnisse von den Opfern zu erzwingen oder sie zu zwingen, den russischen Behörden Informationen über andere Personen von „Interesse“, wie etwa Angehörige der ukrainischen Streitkräfte, zu liefern oder sie zur Zusammenarbeit zu zwingen.

Schlussfolgerung

In dieser analytischen Übersicht werden die von Russland in den Jahren 2022-2024 begangenen Kriegsverbrechen in Haftanstalten in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine aufgezeigt. Die Analyse der in der Übersicht enthaltenen Informationen ermöglicht es uns, die folgenden zentralen Schlussfolgerungen zu ziehen:

1. Das Ausmaß der Verbrechen: Die meisten der oben zitierten Veröffentlichungen dokumentieren zahlreiche Fälle von Folter, Verschwinden lassen, außergerichtlichen Hinrichtungen und Deportationen. Dies deutet auf eine systematische Politik des Terrors seitens der Besatzungsverwaltungen hin.

2. Schutzbedürftige Gruppen ins Visier nehmen: Schwache Bevölkerungsgruppen - Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen, Sträflinge und Gefangene - wurden nicht nur nicht verschont, sondern im Gegenteil als Kriegsverbrecher ins Visier genommen. Es wurden Fälle von sexueller Gewalt, Folter und Deportationen gegen Angehörige dieser Gruppen dokumentiert.

3. Repressive Nutzung von Haftanstalten: Strafvollzugsanstalten, Polizeistationen und behelfsmäßige Folterkammern in Verwaltungsgebäuden wurden zu einem Instrument für illegale Inhaftierung, Einschüchterung und Missbrauch.

4. Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht: Es wurden Verbrechen begangen, die Elemente von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gemäß den Genfer Konventionen und dem Römischen Statut aufweisen.

5. Koordinierung der kriminellen Handlungen: Die Daten weisen auf den geplanten Charakter der Repressionen unter Beteiligung der russischen Strafverfolgungsbehörden (Föderaler Sicherheitsdienst, Militärpolizei, Föderaler Strafvollzugsdienst) und Unterstützung durch die Führung hin.

6. Auswirkungen auf die Opfer: Die Opfer erlitten physische und psychische Traumata, darunter Posttraumatische Belastungsstörung, Verlust von Gesundheit und Dokumenten. Viele der Opfer befinden sich noch immer unter Besatzung oder wurden in das russische Hoheitsgebiet überführt und sind weiterhin in Gefahr. Ihr Schicksal erfordert die Aufmerksamkeit der internationalen Menschenrechtsorganisationen.

7. Überwachungsmechanismen: Die festgestellten Probleme zeigen systemische Mängel auf und erfordern eine Verbesserung der Mechanismen zur Überwachung und zum Schutz der Menschenrechte in bewaffneten Konflikten.

8. Prioritäten der Advocacy-Arbeit: Sowohl zivilgesellschaftliche Organisationen als auch internationale Institutionen fordern eine verstärkte internationale Untersuchung und Strafverfolgung der Täter.

Diese Überprüfung dient als Grundlage für die weitere Arbeit von Menschenrechtsorganisationen und diplomatischen Vertretungen mit dem Ziel, Verbrechen aufzuklären und die Rechte der Opfer zu schützen und wiederherzustellen.

Im August 2016 wurde die Nichtregierungsorganisation „Ukraine ohne Folter“ gegründet, um die Aktivitäten des Nationalen Präventionsmechanismus (NPM) zu koordinieren und die in diesem Bereich tätigen zivilgesellschaftlichen Akteure zu vereinen.

Unsere Werte: Mensch, Rechtsstaatlichkeit, Professionalität, Nulltoleranz gegenüber Folter, Transparenz, Teamgeist.

Mission: Die Ausrottung von Folter und grausamer Behandlung in Einrichtungen des Freiheitsentzugs.

Vision: Die Ukraine ist ein Staat, in dem es in Einrichtungen des Freiheitsentzugs keine Folter und grausame Behandlung gibt, die Menschenrechte nicht verletzt werden und sowohl die dort untergebrachten Personen als auch das Personal über ein hohes Maß an Rechtskultur verfügen und eine Nulltoleranz gegenüber Folter haben.

www.notorture.org.ua
office@notorture.org.ua